

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, (amtlich) in Sochum, Wismethauer Straße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Nr.: A12666 Sochum.

Zum Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter.

So folgenschwer ist wohl nie ein Streik zusammengebrochen, wie der von der Polnischen Berufsvereinigung geführte ober-schlesische Bergarbeiterstreik, der den Bergarbeitern eine teure, aber ernste Lehre sein muß. Nicht durch Streikbrüche, nicht durch den Druck der Behörden brach der Streik nach drei Wochen zusammen, sondern er scheiterte an der Unfähigkeit der polnischen Führer in Oberschlesien und der Mittellosigkeit ihrer Organisation. Es ist genau so gekommen, wie wir und mit uns alle einsichtigen Menschen es vorausgesehen haben. Die „Führer“ der Polnischen Berufsvereinigung sind durch unseren Kameraden Böffler als Vertreter unseres Vorstandes und den Kameraden Schindt vom Gewerksverein der Bergarbeiter Girsch-Dunder dringend gewarnt worden. Herr Sosinski hörte auf die Warnungen nicht, verließ Böffler sogar aus der Sitzung und ließ den Streik beschließen; um so schwerer tritt die Verantwortung für das Elend, das über tausende ober-schlesischer Bergmannsfamilien heraufbeschworen wurde.

Im Frühjahr 1912 bereitete die Poln. Berufsvereinigung die damals gemeinschaftlich eingeleitete Lohnbewegung, was Herr Porfanti im Februar d. J. im preussischen Landtag als eine besondere „Tat“ rühmte. Wenige Monate nach dieser „Tat“, nachdem sie die gemeinsame Bewegung kaputt gemacht hatten, reichten die Polnischen Führer allein Forderungen ein; sie bildeten sich ein, die ober-schlesischen Grubenmagnaten würden ihnen allein das bewilligen, was sie den gesamten Verbänden abgefragt hatten. Die Unternehmer antworteten garnicht auf die Eingaben, aber dennoch prafte die Polnischen Führer ihre „Taten“ und „Erfolge“ und schimpften fortgesetzt auf die deutschen Verbände, hauptsächlich auf die „Sozialisten“ (unseren Verband), die nichts zur Befreiung des ober-schlesischen Volkes tun wollten. Als sie bei den Kohlenfürsten und -grafen gar kein Entgegenkommen fanden, wandten sie sich am 9. November 1912 mit einer Petition an den Landtag und gleichzeitig mit einer Musterwort gewerkschaftlicher Unfähigkeit, sie enthält die schwersten Anschuldigungen, ohne auch nur einen einzigen Beweis zu führen. Behauptungen werden an Behauptungen gereiht, Unrichtigkeiten und Unwahrheiten hineingestreut, so daß die Petition nicht nur völlig wertlos, sondern eine direkte Blamage für die Verfasser ist. Die Petitionskommission „erlebte“ sie durch Uebergang zur Tagesordnung. Einleitend wird Bezug genommen auf den § 93b Abs. 1 und 2 und § 90b Abs. 1 des Allgemeinen preussischen Berggesetzes, die nach Ansicht der Polnischen Führer die Dauer der Schicht festsetzen, und dann gesagt, daß die Bestimmungen dieser Paragraphen in Oberschlesien nicht befolgt würden.

„Es kommen“, so heißt es, „nicht selten Fälle vor, daß solche Arbeiter bei schlechtem Gedinge von morgens 5 1/2 Uhr bis abends 6 und manchmal 8 Uhr ohne Pause bei Wasser und Brot arbeiten müssen. Diese Verhältnisse der ober-schlesischen Bergarbeiter sind schlechter als die der Buchhändler. Die Verbrechen im Buchdruck erhalten dreimal am Tage warmes Essen. Dagegen die ober-schlesischen Bergarbeiter nur zweimal. ... Der ober-schlesische Bergarbeiter muß morgens um 5 Uhr und auch früher aufstehen, sich um 5 1/2 Uhr zur Verlesung auf der Grube einfinden, wo die eigentliche Schicht beginnt. In dieser Weise wird die Arbeitszeit für die Bergarbeiter bis zu 14 Stunden verlängert.“

Für diese Behauptungen wird nicht ein Beweis angeführt, nicht eine Grube genannt, auf welche diese Schilderungen zutreffen sollen, und da auf mehreren ober-schlesischen Gruben tatsächlich die Achtstundenschicht eingeführt ist, war es dem Regierungsvertreter leicht gemacht, die Petition abzutun. Wir sind überzeugt, daß die Schilderungen wohl auf die meisten Gruben zutreffen, aber dafür müssen Beweise angeführt werden. Dann schildert die Petition die Unfall- und Gesundheitsverhältnisse in Oberschlesien und behauptet, „daß die Sicherheitsmänner seit längerer Zeit nicht mehr besahen... Es bestehen Gruben, wo der Sicherheitsmann seit einem ganzen Jahr krank ist oder von der Grube abgekehrt ist und eine neue Wahl nicht stattgefunden hat.“ Es wird hier von Gruben geredet, ohne diese noch den Frank- oder abgekehrten Sicherheitsmann zu nennen. Am 6. und 13. Oktober hätten die Arbeiterausschüsse Lohn-erhöhung und Milderung der Arbeitsordnung beantragt, aber anstatt die Forderungen zu bewilligen, hätten die Verwaltungen bloß gar keine Sitzungen einberufen, somit die Forderungen durchweg abgelehnt.

„Um den Bergarbeitern den Vorwurf zu ersparen“, heißt es weiter in der Petition, „daß sie bei dieser Bewegung die gesetzlichen Mittel nicht angewandt hätten, ist der königliche Oberbergamt zu Breslau von dem Vorhaben der Arbeiter beistehend worden.“

Ob das königliche Oberbergamt in dieser Beziehung Schritte unternommen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist jedoch, daß das königliche Oberbergamt auf die schwersten Anklagen gegen die Grubenverwaltungen keineswegs nichts unternommen hat, denn noch in den letzten Tagen hatten die Bergarbeiter die Anweisung gegeben, daß statt zweimal in der Woche, jetzt drei- und viermal fünf Viertelschichten verfahren werden.

In allen anderen Revieren herrsche die 6- bis 8-Stundenschicht, in Oberschlesien die 10- bis 14stündige. Obwohl die Aussperrung gesetzlich verboten ist, besteht sie auf den ober-schlesischen Bergwerken in vollem Umfange. Es sind nicht selten Fälle zu verzeichnen, daß Arbeiter ganze Monate hindurch ohne Arbeit umherlaufen müssen, ehe sie bei neuem Ansatze werden.

„Das hohe Haus der Abgeordneten bitten wir, zu der Ueberzeugung zu kommen, daß die preussischen Berggesetze derart hier gehandhabt werden, daß die Zustände im ober-schlesischen Bergbau sich nicht gebessert haben.“

unseres Verbandes das Geschäft der „Christenführer“ ist. Niemand, und wohl die Polnischen Führer am wenigsten, dachte ernstlich an einen Streik, bis Mitte März die Geschichte anfang, bedenklich zu werden. Die Polnischen Führer hatten die anderen Verbände in keinem Punkt verstanden, hatten alle Schritte ohne Rücksprache und ohne Einverständnis mit uns eingeleitet, trotzdem übten wir Solidarität. Unser Verband entsandte den Kameraden Böffler nach Oberschlesien und beauftragte ihn, bei den Polen anzufragen, ob sie wirklich einen Streik proklamieren wollten und wie sie sich die Durchführung desselben dächten, da doch die Polen über viel zu wenig Mittel verfügten. Böffler erreichte auch, daß beschlossen wurde, erst weitere Unterschriften zwecks Einreichung der Kündigung zu sammeln und erst dann weitere Beschlüsse zu fassen, wenn endgültig die Zahl derjenigen festgestellt sei, die zur Einreichung der Kündigung bereit seien. Diese Sitzung fand am 31. März statt, wo festgestellt wurde, daß im ganzen 21 427 Unterschriften eingegangen waren und zwar: Polnische Berufsvereinigung 19 000, Verband 1457, Gewerksverein „Christlicher“ Bergarbeiter 800, Gewerksverein S.-D. 170. Die runden Zahlen (bei den Polen 19 000, bei den „Christen“ 800) ließen schon den berechtigten Verdacht zu, daß die Unterschriften gemacht, nicht gesammelt waren; die Zahl war viel zu klein, um ernstlich an einen Streikbeschluss zu denken. Böffler führte in dieser entscheidenden Sitzung aus, daß die Zahl von 21 000 bei 122 000 Bergarbeitern viel zu gering sei, zumal von diesen sicherlich noch die Hälfte die Kündigung zurückziehen werde. Bei der schwachen Beteiligung an den Unterschriften könne nur mit Einzelstreiks gerechnet werden, die aber, wie die Erfahrung gelehrt habe, meistens verloren gingen. Sollten die Polen Einzelstreiks beschließen, würden unsere Mitglieder zur Solidarität angehalten, auf keinen Fall Streikbrecher. Uebrigens herrsche unter unseren Mitgliedern keine große Streiklust, deshalb sei es besser, wenn die Berufsvereinigung ihren Fünftagsstreikbeschluss rückgängig machen würde. Ein Streik, der Erfolg haben solle, müsse wochenlang dauern, und dazu fehlten der Berufsvereinigung die Mittel. Sosinski teilte mit, daß die polnische Berufsvereinigung am 1. April allein tagen und beschließen werde, was geschehen soll. Der Beschluss würde den anderen Verbänden mitgeteilt. Dieser Beschluss lautete für Streik, beginnend am 21. April unter Einreichung der Kündigungsunterschriften.

Am 30. März hielt unser Verband in Rattowitz eine Vertrauensmännerkonferenz ab, in welcher die Lage besprochen und zu dem eventuellen Streikausbruch Stellung genommen wurde. In der dort angenommenen Resolution wird u. a. gesagt:

„Da nach einer Mitteilung Sosinskis ein Gesamtstreik der ober-schlesischen Bergarbeiter nicht mehr vorbereitet werden kann, sondern nur noch Einzelstreiks möglich sind, fordert die Konferenz unsere Vertrauensleute auf, in allen Sitzungen, wo sie mit anderen Verbänden zusammenkommen, vor Einzelstreiks zu warnen, weil sie zwecklos und schädlich sind. Sollte dennoch die Polnische Berufsvereinigung Einzelstreiks proklamieren, dann ist sie auch allein für die kommenden Folgen verantwortlich. Unsere Mitglieder werden jedoch Solidarität üben, um sich nicht dem Vorwurf der Streikbrecher und Arbeiterverräter auszusprechen.“

In einer Sitzung am 9. April kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Sosinski und Böffler, weil Böffler die Rechtsgültigkeit der Kündigungen, wie sie die Berufsvereinigung eingereicht hatte, bestritt und erklärte, daß der Verband es abgelehnt habe, unter diesen Umständen die Kündigungen einzureichen. Sollte es zum Streik kommen, würden unsere Mitglieder unter Kontraktbruch in den Streik treten, aber ebenso würden diejenigen kontraktbrüchig, deren Unterschriften eingereicht seien, sofern sie in den Streik träten. Das sollte man den Leuten sagen. Die Polnischen Führer hörten auf nichts, hielten sich für übergescheid und schürten das Feuer munter weiter. Am 16. April brachte der „Diennit Slaski“ einen Artikel, betitelt: „Generalstreik der Bergarbeiter in Oberschlesien“, in dem es hieß:

„Die Arbeitskündigungen auf den 25 Gruben haben die Unternehmer in große Verlegenheit gebracht. Diesen Mut hätten sie den Arbeitern nicht zugetraut. Sie waren der Meinung, daß die Arbeiter vor ihren Wohnungen zurückzureden würden. Die hiesigen Bergarbeiter sind nicht mehr die geduldenen Schafe wie früher, wo sie nur getöbelt haben. Die Bergarbeiter haben sich überzeugt, daß sie erst dann was erzwingen werden, wenn sie ihre Rechte fordern. Heute helfen auch darum die Drohungen der Geistlichen nichts mehr, welche die Arbeiterklasse bekämpfen und die Kapitalisten unterstützen. — Pfarrer Dgan von Ruba hielt am vergangenen Sonntag mit dem Leiter der Berliner Fachabteilungen eine Delegiertenversammlung von der Brandenburgergrube ab, in welcher er den Bergleuten vorzuschlug, sich mit den 10 Prozent Prämien zu begnügen und nicht auch noch 10 Prozent Lohnzulage zu fordern. Die Arbeitszeit sollte schon längstens um eine halbe Stunde verkürzt werden, nur hat der Betriebsführer aus eigenem Antrieb länger arbeiten lassen, ohne daß es Graf Ballestrem wußte. Die Arbeiter hörten nicht auf diese Unkenrufe, sondern sie erklärten, daß sie die Lohnbewegung gemeinschaftlich angefangen hätten und auch gemeinschaftlich durchzuführen wollten! Ein Bergmann sagte dem Pfarrer, daß seine Familie aus acht Köpfen bestehe und er nur 3,50 Mk. verdiene. Es sei ihm unmöglich, damit auszukommen. Darauf sagte der Pfarrer Dgan, es sei nicht gut, er sei kein guter Katholik, wenn er Hunger! Als sich Pfarrer Dgan überzeugt hatte, daß in der Versammlung nichts für die Kapitalisten zu holen sei, verschwand er aus der Versammlung.“

Auf anderen Gruben werden die Kapitalisten toll vor Wut. Als der Betriebsführer der Worsiggrube die Kündigungen erhielt, war er so aufgeregt, daß er mit dem Papier, worauf die Unterschriften standen, auf dem Tisch herumhüpfte und auf die Polen schimpfte, so daß er bald seine Perücke verloren hätte. Weiter sagte er, er glaube, daß er lauter „loyale Deutsche“ hätte, und nun machen sie ihm eine solche Ueberraschung. Die Herren ängstigen die Frauen der Arbeiter, daß sie aus den Bergwohnungen gehen würden. In Wirklichkeit sind das nur Einschüchterungen. Die Unter-

nehmer können die Arbeiter nicht aus den Wohnungen setzen. Wenn die Zeit abläuft, gehen die Arbeiter allein. In Oberschlesien sollen sich zurzeit 100 Agenten aus Westfalen befinden, welche für die westfälischen Gruben ca. 30 000 Arbeiter liefern sollen, wo die Bergarbeiter 2 Mk. pro Tag mehr verdienen. Außerdem bewerben sich noch französische Gruben um 50 000 Bergarbeiter. Aus Mitleid auf die Mobilisation in Rußland und Oesterreich nehmen auch diese Reiche gern einige Tausend Bergarbeiter. Wenn die Unternehmer im letzten Augenblick nicht die gerechten Forderungen der Arbeiter bewilligen, dann werden sie erfahren, daß ihnen die besten Arbeiter verlustig gehen und die Herren dann selbst arbeiten müssen. Dann werden sie erfahren, was es bedeutet, bei Wasser und Brot 10 bis 16 Stunden zu arbeiten.

Die Bergarbeiter sind nicht verpflichtet, auch nur einen Schritt von ihren Forderungen zurückzutreten. Sie sollen fest stehen wie eine Mauer und die Unternehmer müssen dann nachgeben. Vor allen Dingen müssen die Bergarbeiterfrauen standhaft bleiben und den Männern keine Schwierigkeiten machen. Die Welt ist nicht mit Weibern zugenagelt. Die Frauen sollen die Männer trösten. Not haben sie genug gelitten. Eure Kinder sind schon lange genug daruf herungelaufen, haben genug Hunger gelitten. Die Unternehmer haben genug Millionen jedes Jahr in die Tasche gesteckt und in anderen Ländern verprast.

Die jetzige Zeit ist für euch Bergarbeiter sehr günstig. Folgt den Anweisungen der Organisation wie ein Mann, dann ist mit Gottes Hilfe euer der Sieg! Die Unternehmer haben beschlossen, die Forderungen zu bewilligen, nur wollen sie erst sehen, ob die Bergarbeiter auch standhalten.“

Eine ähnliche Sprache wurde dem Flugblättern und Versammlungen geführt, und so legte dem schon am 19. April ein Teil der Belegschaft die Arbeit nieder. Vom 21. April ab wuchs die Zahl der Streikenden auf etwa 75- bis 80 000 an, auf deren Höhe sie sich auch bis zum 7. Mai gehalten hat, wo die Polen anfangen, Streikunterstützung, oder richtiger: keine Streikunterstützung auszusprechen. Drei Wochen haben die Bergarbeiter tapfer standgehalten und sich musterhaft aufgeführt. Am 9. Mai mußten die Polen den hoffnungsvollen Streik abbrechen, weil ihre Mittel nicht einmal ausreichten, für eine Woche Streikunterstützung auszugeben. Eine grenzenlose Empörung erfaßte die so schände belagerten und betrogenen Mitglieder und sie würden den Führern diesen frivolen Betrug schwer heimgezahlt haben, wenn diese sich nicht schleunigst aus dem Staube gemacht hätten. Kann war die Konferenz beendet, die den Streikabbruch beschloß, verschwanden die Polnischen Führer von der Bildfläche, wo sie drei Wochen hindurch so „glänzende Triumphe“ gefeiert hatten! Sie wagten es nicht, den Streikenden den Beschluß mitzuteilen, noch ihn zu begründen, sondern ließen ihn durch die Zeitungen verbreiten, und legen darin die Bergarbeiter erneut an. Die nach W.-Glabbacher Muster abgefaßte Resolution der Polnischen Berufsvereinigung, die zum Abbruch des Streiks aufforderte, lautet:

„Die versammelten Delegierten des Bergreviers in Oberschlesien sind, nachdem sie die Berichte über die Verhandlungen der einzelnen Kommissionen, die an die einzelnen Grubenverwaltungen geschickt waren, erstateten, nach längerer Diskussion in eingehender Erwägung der Sachlage zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Mehrheit der Gruben die Stellung eingenommen hat, daß sie nach Aufnahme der Arbeit die Bergarbeiterforderungen berücksichtigen und die Löhne verbessern werden. Angesichts dessen hält die Konferenz für richtig, den Streik einstweilen abzuordnen und abzuwarten, inwiefern die Bergarbeiterforderungen bezüglich der Verbesserung der Bergarbeiterlage nach den Feiertagen in Erfüllung gehen. Die Konferenz der Delegierten empfiehlt, die Arbeit nach den Feiertagen solidarisch aufzunehmen, wie sie solidarisch niedergelegt wurde. Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß die streikenden Bergarbeiter durch die Feiertage die besten Folgen erzielen werden und wie ein Mann an die Arbeit zurückkehren in der Ueberzeugung, daß, wenn die Arbeitgeber die gegebenen Bergarbeiterforderungen nicht erfüllen, wir den abgebrochenen Kampf wieder aufnehmen.“

Die Versammelten fordern alle Bergarbeiter Oberschlesiens auf, daß sie sich wie ein Mann der Organisation einziehen, um sich für den künftigen Kampf zu rüsten, um mit einer noch größeren Macht als bisher aufzutreten. Glück auf!“

Brecher können selbst die W.-Glabbacher nicht schwindeln. Es waren nicht die versammelten Delegierten des Bergreviers in Oberschlesien, sondern nur diejenigen der Polnischen Berufsvereinigung, die diesen Beschluß faßten. Direkt gelogen ist die Behauptung, die meisten Verwaltungen hätten Bergarbeiterforderungen gemacht. Gar nichts ist verprochen worden. Im Gegenteil, an demselben Tage fand eine Sitzung der Grubenbesitzer statt, die erneut und einstimmig beschloß, den Streikenden nichts zu bewilligen. Die betroffenen Bergleute mußten das am Pfingstdienstag bitter erfahren. Auf allen Gruben wurde den zur Arbeit Zurückkehrenden erklärt, daß ihnen 6 Schichten als Kontraktbruchstrafe abgehalten und sie als Neuangetretene betrachtet würden! Außerdem sind Tausende dauernd oder vorübergehend abgelegt worden, wamit die patentärztlichen Magnaten ein fürchtbares Exempel statuieren, die Organisation zertrümmern wollen. Die Maßregelungen betreffen sämtliche Grubenverwaltungen. Am rückwärtslosesten geht die fiskalische Grubenverwaltung vor, wo Hunderte für dauernd abgelegt sind, darunter eine große Anzahl Verbandsmitglieder und auch Unorganisierte. Durch diesen Vorbehalt sind täglich das jämmerliche feige Verhalten der Polnischen Führer konnte der Streikabbruch kein einheitlicher werden, sondern verblutete langsam. Am 15. Mai, drei Tage nach Abbruch, standen immer noch mehr als 20 000 im Ausstand, während etwa 3- bis 4000 auf dem Straßenpflaster liegen.

Noch nie ist ein Streik so unglaublich dumm begonnen, noch nie von solch unfähigen Menschen geführt, nie sind Streikende so belagert und betrogen worden und nie hat ein Streik ein solch tragisches Ende genommen. Hoffentlich lernen die Bergarbeiter aus diesem Trauerspiel, damit ihnen ein zweiter Reinfall erspart bleibt.

Konnte der Märzstreik 1912 gewonnen werden?

In monotoner, geisttötender Weise lehren die Zinbusch und Genossen allen Lesenden zum Trost unaufhörlich das Sprüchlein herunter: „Die Konjunktur war im Frühjahr 1912 zur Führung eines Lohnkampfes zu ungünstig, die Kohlenvorräte waren zu groß, der Streik mußte darum verloren gehen.“ Der Bericht über die praktische Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1911 konstatiert auf Seite 5: „Die erfreuliche Besserung des Wirtschaftslebens, welche im Jahre 1910 festzustellen war, hat im Berichtsjahre angehalten.“ Das Organ des Bergbauvereins Essen, die Zeitschrift „Gild und Bergbau“ vom 7. Januar 1911, berichtete über die Geschäftslage in den Monaten November und Dezember 1910: „Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich die bereits für den November festgestellte Besserung der allgemeinen Lage auch im Berichtsjahre fortgesetzt. In allen Sorten war der Absatz gut, stellenweise reichten die verfügbaren Mengen zur vollen Befriedigung der Nachfrage nicht aus.“ Die „Zinbusch“ (Berlin) vom 9. November 1912 schrieb, daß seit Jahren schon eine glänzende Konjunktur in unserem Wirtschaftsleben vorhanden ist, die sehr hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unserer Industrie stellt.“ Dasselbe konstatierten übereinstimmend alle Unternehmerorgane; Zinbusch und Genossen aber führt das nicht, sie lehren das einmal auswendig gelernte Sprüchlein weiter, obwohl inzwischen auch der Bericht des Bergbauvereins Essen für 1912 erschienen ist, worin u. a. gesagt wird:

„Die verschiedenen Maßstäbe, welche uns zur Beurteilung des wirtschaftlichen Charakters eines Zeitabschnittes zur Verfügung stehen, lassen sämtlich das Berichtsjahr als ein Jahr eines starken Aufschwungs erkennen, dem selbst der Ausbruch des Krieges auf dem Balkan und die damit zusammenhängende allgemeine Beunruhigung keinen nennenswerten Abbruch zu tun vermochten.“

Dieser Bericht ging am 25. April durch die Unternehmerr Presse. Trotzdem schreibt der „Bergknappe“ vom 17. Mai u. a.: „Wer hat den Goldstrom, der im 1. Quartal vorigen Jahres ins Stücken gekommen war, wieder lebhaft ans Fließen gebracht? Das hat allein der alte Verband mit seiner unsinnigen und arbeiterschädigenden Taktik getan, indem er zu einer Zeit den Streik provozierte, als derselbe den Bergwerksbesitzern am gelegentsten kam.“

Um seine Behauptungen zu stützen, beruft sich der „Bergknappe“ auf das Publikationsorgan des Streikbrüdergewerkschaftsvereins, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, welche am 9. März 1912 schrieb, daß die Gürtelwerke über und über beladen waren mit Vorräten und aus den letzten Jahren der schlechten Konjunktur so ungeheure Massen an Brennstoff lagerten, daß sie dem Kohlenbesitzer eine ernste Sorge bereiteten. Der „Bergknappe“ sollte aber doch auch mitteilen, daß die „Rheinisch-Westf.“ am 20. März 1912 schrieb:

„Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt. . . Tatsächlich hat er auch einige Tage lang fast Hunderttausende mitgerissen. . . Daher das Rufen der christlich-sozialen Gewerkschaft und ihrer ultramontanen Führer nach Militär. . . Es bleibt aber wichtig, daß hier die Zentrumspartei einmal mit größter Energie nach Militär verlangt hat, bei einem Streik, der — daran halten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung sah, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Der Streik konnte danach gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt. Nach der Statistik des Bergbauvereins Essen standen schon am dritten Streiktage (18. März 1912) 285 148 Bergarbeiter oder 81,24 Prozent der Gesamtbelegschaft im Streik. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in der Hauptsache nur die Untertagsbelegschaft am Streik beteiligt war. Das gestand selbst Generaldirektor Kirbörfer in der Generalversammlung der Westfälischer Bergwerks-Aktiengesellschaft am 25. März 1912 zu, indem er ausführte:

„Man muß berücksichtigen, daß an dem Streik in der Hauptsache die sogenannten produktiven Arbeiter, also diejenigen unter Tage, teilnahmen, während die Arbeiter über Tage, die also auf die Arbeit der Belegschaft unter Tage angewiesen sind, in fast vollem Umfange erschienen.“

Die Übertagsarbeiter haben sich am Streik also nur wenig beteiligt und gingen fast in vollem Umfange zur Arbeit. Ende 1911 betrug die Untertagsbelegschaft aber nur 264 265 Mann; 285 148 fast nur Untertagsarbeiter streikten, das sind 89 Prozent der Untertagsbelegschaft, nur 20 117 oder 11 Prozent arbeiteten. Nehmen wir jedoch an, von den 77 451 Übertagsarbeitern, die 1911 gezählt wurden, hätten sich 10 000 am Streik beteiligt, so streikten von den 264 265 Untertagsarbeitern immer noch 225 148 oder 85,2 Prozent; die Zahl der Arbeitswilligen aus der Untertagsbelegschaft betrug also im günstigsten Falle nur 39 117 oder 14,8 Prozent. Unter diesen Umständen wäre der Streik gewonnen worden, wenn die Streikenden wochenlang durchhielten. Um das zu verhindern, riefen die Zinbusch und Genossen nach Gendarmen und Militär und entfesselten eine beispiellos brutale Hege gegen die Streikenden.

Der Hinweis der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ auf die großen Kohlenvorräte kann in diesem Fall nur als ein etwas verfrühter Aprilscherz aufgefaßt werden, aber Zinbusch und Genossen fallen darauf herein. Ist ihnen denn wirklich nicht bekannt, daß nach einer Krise, wenn die Konjunktur im Aufschwung begriffen und zur Führung eines Lohnkampfes am günstigsten ist, immer große Kohlenvorräte vorhanden sind? Ist ihnen ferner nicht bekannt, daß die Kohlenvorräte Ende 1912 noch größer waren wie 1911? Das ist nicht anzunehmen, hat doch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 29 vom 4. Februar 1912) darüber berichtet:

„Im 4. Vierteljahr 1912 betrug die Förderung auf den zum Oberbergamtsbez. Dortmund gehörigen Becken 25 845 696 Tonnen (i. B. 23 217 527). Der Absatz und Selbstverbrauch beliefen sich auf 25 669 365 To. (23 482 100), so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 545 369 To. (492 090) verblieb. Im Betrieb waren 165 (161) Werke. Die Förderung hat gegen die gleiche Vorjahreszeit um 11,32 (2,66) Prozent, die Arbeiterzahl um 7,09 (3,84) Prozent zugenommen.“

Die Förderung ist danach gegen das Vorjahr um 11,32 Prozent gestiegen, trotzdem betrug der Bestand noch 545 369 To. und war um 53 279 To. höher wie im Vorjahr, wo er nur 492 090 Tonnen betrug. Trotz der glänzenden Konjunktur hat sich also der Kampffonds der Bechenherren (d. h. die Kohlenvorräte) nicht verringert, sondern erhöht.

Der „Bergknappe“ setzt sich aber auch mit seiner Kohlenvorrätentheorie selbst in Widerspruch, wenn er auf Seite 7 weiter schreibt:

„Sitteten sich die „unübertrefflichen Streikstrategen“ des alten Verbandes dem vernünftigen Standpunkt unseres Gewerkschaftsvereins angeschlossen, hätten sie abgewartet, ob und wie weit die Unternehmer im 2. Quartal den Bergleuten entgegenkommen, dann hätte immer

noch mit der Faust auf den Tisch geschlagen und ein Machtwort mit den Werkbesitzern geredet werden können.“

Der Streik begann am 10. März 1912. Glauben die „unübertrefflichen Streikbrüderstrategen“ von da bis zum 2. Vierteljahr, also innerhalb weniger Wochen, wären die gewaltigen Kohlenvorräte in die Luft geflogen? Nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ waren die Kohlenvorräte am Ende des Jahres noch größer als am Anfang. Mit der Kohlenvorrätentheorie der Zinbusch und Genossen ist es also klar. Wenn die Bergleute werden wollen, bis die Kohlenvorräte erschöpft sind, wird es überhaupt nicht mehr zu einem Lohnkampf kommen.

Die Kohlenvorräte und Krisentheorie der Zinbusch und Genossen wird aber auch über den Haufen geworfen durch die gewaltige Belegschafts- und Förderungszunahme gegen 1907. So betrug nach dem Bericht des Bergbauvereins Essen:

Belegschaft einjährig	Steinkohlenförderung		Wert pro Kopf der Belegschaft	
	Menge To.	Wert M.		
1007	808 080	80 188 000	768 218 000	2518
1008	884 788	82 605 000	881 405 000	2484
1009	840 567	82 804 000	828 000 000	2417
1910	845 130	86 895 000	840 204 000	2461
1911	852 555	91 829 000	888 350 000	2520
1912	871 095	100 258 000	—	—

Aus diesen Zahlen ergibt sich unwiderleglich, daß von einer eigentlichen Krise im Ruhrbergbau wohl kaum geredet werden kann; selbst 1908 und 1909 waren Belegschafts- und Förderungszunahme bedeutend höher, wie in dem Hochkonjunkturjahr 1907. Von 1909 ab ging es aber schon mit riesenschritten aufwärts; 1910 war die Förderung um 6 682 000 Tonnen gleich 8,4 Prozent, 1911 um 11 145 000 To. gleich 14 Prozent, 1912 um 20 075 000 Tonnen gleich 25 Prozent höher wie in dem Hochkonjunkturjahr 1907. Diese Zahlen beweisen, daß die günstige Konjunktur schon 1910 einsetzte, sie bilden eine glänzende Rechtfertigung der Verbandsleitung. Wer trotzdem behauptet, die Konjunktur sei 1912 zur Führung eines Lohnkampfes zu ungünstig gewesen, ist entweder ein gewerkschaftlicher Idiot oder er liegt wider besseres Wissen. Zinbusch und Genossen aber werden ihr Sprüchlein weiter lehren: „Die Konjunktur war zu ungünstig, die Kohlenvorräte zu groß, der Streik mußte darum verloren gehen.“

Nein, der Streik wäre gewonnen worden, wenn der Streikbrüdergewerkschaften Solidarität geübt hätte, das wird durch vorstehende Angaben unwiderleglich bewiesen! Von 264 265 Untertagsarbeitern streikten mindestens 225 148 oder 85,2 Prozent; nur 39 117 oder 14,8 Prozent arbeiteten. Hätte der Gewerkschaften Solidarität geübt, dann würde diese verhältnismäßig sehr geringe Zahl auch noch mitgerissen, geschlossen wie ein Mann stand dann die Untertagsbelegschaft im Streik. Die Übertagsbelegschaft aber kann zur Kohलगewinnung nicht benutzt werden. Würden die Bergarbeiter dann in derart geschlossener Phalanx wochenlang durchgehalten haben, dann müßte der Streik gewonnen werden. Wenn sich jetzt märchenhafte Goldströme in die Geldschänke der internationalen, vaterlandlosen Grubenkapitalisten ergießen, während die Bergarbeiter leer ausgehen, können sich diese dafür bei Zinbusch und Genossen bedanken, die in denkbar günstiger Zeit den um mehr Brot kämpfenden Massen genossen in den Rücken fielen.

Übrigens, warum wird denn jetzt nicht auf den Tisch geschlagen und ein Machtwort geredet? Rängst steht doch fest, daß die Löhne nicht entsprechend den Verhältnissen gestiegen sind, wiederholt hat das der „Bergknappe“ aufgestellt müssen. Wo bleibt die für diesen Fall in Aussicht gestellte „energische Lohnbewegung“? Vorwärts, ihr Zinbusch und Genossen, laßt jetzt einmal Taten sehen! Sprecht doch einmal ein Machtwort, schlagt mit der Faust auf den Tisch, wenn ihr könnt, wenn ihr dürft! Oder könnt ihr nur mit Hilfe von 6000 Gendarmen, Militär und Maschinengewehren Streiks brechen? Heraus mit der Sprache! Heraus mit der Tat! Unsere Verbandskammeraden werden nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern im Ernstfalle Solidarität üben!

Die Erfindung der Dampfmaschine.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Eine Dampfmaschine der Newcomenschen Konstruktion ist in Figur 2 dargestellt. Hier ist A der Zylinder, der auf einem Wellengerüst fest aufgeschraubt ist. Unter ihm befindet sich über der Feuerung der Dampfzylinder B, in welchem der Dampf erzeugt wird und der durch ein Rohr mit dem Zylinder verbunden ist. Die auf- und abgehende Bewegung des Zylinderkolbens wird durch eine Kettenverbindung auf den starken Balancier C übertragen, an dessen anderem Ende ein großes Gewicht angehängt und des weiteren das Gestänge E angebracht ist, das an ein Kumpwerk (in der Zeichnung nicht vorhanden) anschließt und dieses in Bewegung setzt. Außerdem ist noch eine kleine Pumpe F vorhanden, welche dazu dient, das erforderliche Kühlwasser in den Behälter H zu befördern, von wo es durch ein Rohr I in den Zylinder gelangen kann, um die Abkühlung des Dampfes zu bewirken, worauf es durch das Rohr M wieder aus dem Zylinder fortgeleitet wird. Die beiden Hähne L und K dienen dazu, um das Einströmen des Dampfes wie auch des Kühlwassers zu regulieren. Angenommen nun, der Kolben befindet sich am unteren Ende des Zylinders, so wird der Hahn K geschlossen, L dagegen geöffnet, so daß Dampf aus dem Kessel B in den Zylinder treten kann. Uebst jetzt der Dampf auf den Kolben einen Druck aus, der ebenso groß wie der äußere Luftdruck, so wird der Kolben durch das an dem Balancier wirkende Gewicht D in die Höhe gezogen. Ist das geschehen, so wird L geschlossen und K geöffnet, so geht das Kühlwasser in den Zylinder tritt (was nach Art einer Brause geschieht) und die Verdichtung des Dampfes zu Wasser bewirkt. Infolgedessen entzieht jetzt unter dem Kolben ein nahezu luftleerer Raum, so daß der äußere Luftdruck zur Wirkung kommt und den Kolben mit großer Kraft herunterschlägt. Hierdurch wird der Balancier C und das Gestänge E in Bewegung gesetzt, so daß die an letzterem angehängte Pumpe in Betrieb kommt und mit jedem Kolbenhub einen bestimmten Quantum Wasser fördert. Diese sowohl verbesserte Maschine erwies sich als eine durchaus brauchbare und vorteilhafte Vorrichtung zum Antrieb von Pumpen bzw. zur Förderung von Grubenwasser, und nachdem sich das erste Exemplar in den Kohlenbergen Wads erfolgreich bewährt hatte, folgten bald zahlreiche andere Bergwerksbesitzer dem Beispiel und an den Newcomen ebenfalls solche Maschinen in Auftrag. In Laufe der nächsten Jahrzehnte verbreitete sich die Maschine im englischen Bergbau nahezu allgemein, wurde sie hier ein erfolgreiches Mittel der industriellen Arbeit. Bemerkenswert ist noch, daß die Maschine auf eigenartige Weise eine bedeutende Verbesserung erhielt: Das Öffnen und Schließen der Hähne, durch welche der Zutrom des Dampfes und des Kühlwassers nach dem Zylinder reguliert wird (K und L in Figur 2), mußte ursprünglich von einem Arbeiter mit der Hand ausgeführt werden. Ein Knabe, namens Humphry Potter, der von Newcomen mit dieser Aufgabe beauftragt worden war, kam, um sich von der einseitigen und ermüdenden Arbeit zu befreien und sich statt dessen lieber den Spielen mit seinen Altersgenossen hingeben zu können, auf den Gedanken, die beiden Hähne durch Schlitze so mit dem Balancier zu verbinden, daß dieser bei seinem Auf- und Abgehen die Hähne durch ein kleines Gestänge öffnen und schließen selbst besorge. Der Versuch gelang ihm über alles Erwarten gut, und der intelligente Junge konnte, ohne seine Aufgabe zu vernachlässigen, sich seinen Knabenspielen widmen, die ihm wichtiger und jedenfalls interessanter als jene einseitige Arbeit dünkte. Der Wert der von dem Knaben ausgeführten Hilfsvorrichtung wurde alsbald erkannt und die Vorrichtung nicht nur beibehalten, sondern auch noch verbessert, indem die Schlitze durch ein kleines Gestänge ersetzt wurden, das noch besser funktionierte. Hierdurch hatte die Maschine ganz bedeutend an Einfachheit und Überzeuglichkeit auch an Selbstständigkeit ihrer Funktionen und Leistungen gewonnen. Aus den Köpfen einfacher Handwerksmeister und eines spielerischen Jungen war so die erste

brauchbare und erfolgreiche Kraftmaschine hervorgegangen, bei welcher Dampf zur Anwendung kam. Trotz dieser Anwendung des Dampfes war die Newcomensche Maschine doch noch keine Dampfmaschine im eigentlichen Sinne des Wortes. Denn bei ihr spielt der Dampf nur eine Hilfsrolle, dient lediglich dazu, einen luftleeren Raum zu schaffen, während die Kraft, die den Kolben in den Zylinder hineinzieht und die Arbeit leistet, der Luftdruck ist. Allgemein wurde daher die Newcomensche Maschine auch Luftdruckmaschine oder atmosphärische Maschine genannt. Wie bereits gesagt, gelangte diese Maschine mehrere Jahrzehnte hindurch in dem englischen Bergbau in

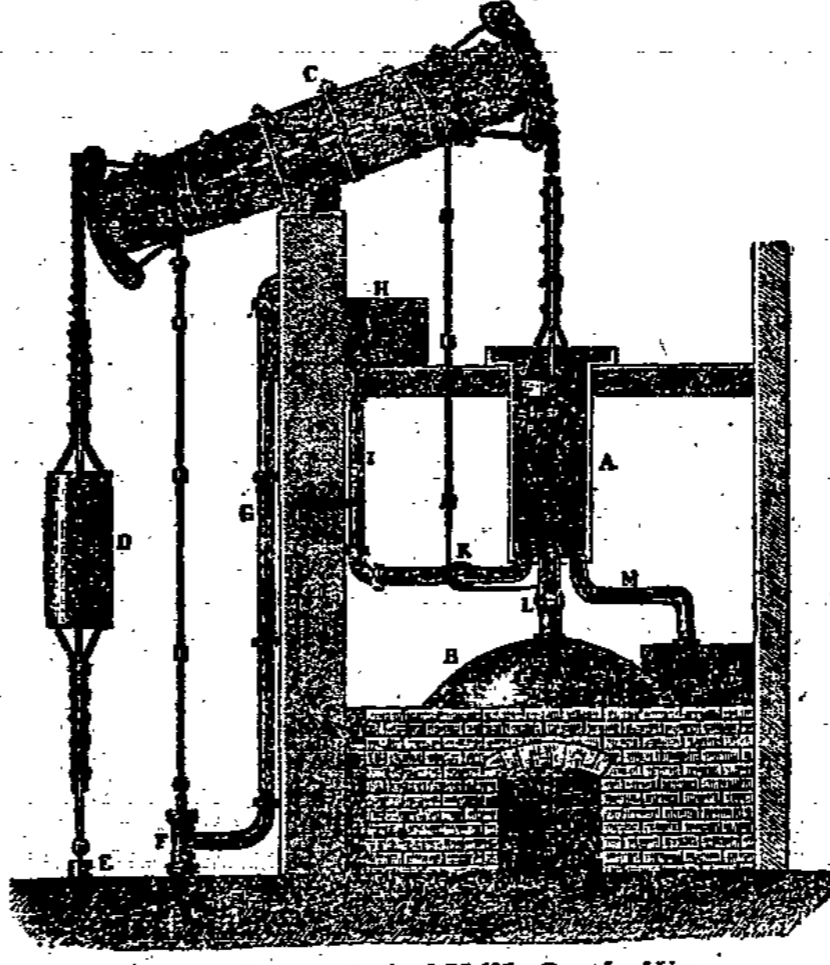


Fig. 2. Newcomens atmosphärische Dampfmaschine.

weitem Umfange zur Anwendung, bewährte sich als ein durchaus brauchbares Mittel für die Besichtigung der Grubenwässer, das zur Förderung und Entwässerung des englischen Bergbaues wesentlich beitrug. Auf die Dauer machte sich jedoch auch bei dieser Maschine ein großer Fehler fühlbar, der darin bestand, daß sie im Verhältnis zu ihren Leistungen enorm viel Kohle verbrauchte. In dem Maße, als die Kohlen teurer wurden, wurde natürlich auch dieser Fehler immer mehr störend, was schließlich so weit ging, daß der Augenblick zu nahen schien, wo sich die englischen Industriellen genötigt sahen, den Betrieb der Maschine wegen ihrer enormen Kostspieligkeit wieder einzustellen. Die hervorragendsten Ingenieure jener Zeit befaßten sich auf eifrige mit der Aufgabe, diesen Fehler der neuen Kraftmaschine auszumergen oder doch wenigstens einzuschränken, d. h. durch geeignete Verbesserungen in der Konstruktion der Maschine den Betrieb derselben zu verbilligen. Aber wiederum waren es nicht die Gelehrten und industriellen Techniker, denen die Lösung dieser Aufgabe zufiel, sondern wiederum ein einfacher, ungeschulter und unübierter Mann, kaum mehr wie ein Handwerker, der in dem heißen Nühen um die Lösung jenes Problems den vollkommenen und glänzendsten Sieg davontrug.

das Genie James Watt, mit dessen Wirken nunmehr die wichtigste Verbesserung der Newcomenschen Maschine, die Umwandlung der atmosphärischen Maschine in die wirkliche Dampfmaschine und damit erst die Erfindung dieser wirklich erfolgte.

James Watt, geb. am 19. Januar 1736 zu Greenock in Schottland, war ein einfacher Mechaniker und als solcher seit dem Jahre 1756 für das physikalische Institut der Universität Glasgow tätig. Die Stellung war eine sehr bescheidene, hat Watt jedoch reichlich Mühe und Gelegenheit, seinen technischen Neigungen und Versuchen nachzugehen. Durch seine hervorragende Geschäftstüchtigkeit und Intelligenz in der Ausführung mechanischer Apparate kam er in enge Verbindung mit den hervorragendsten Gelehrten und Forschern der Universität, so daß seine kleine Werkstatt oftmals der Sammelpunkt dieser gelehrten Welt wurde. Die erste Anregung, sich mit der Verbesserung der Dampfmaschine zu befassen, erhielt Watt, als er im Jahre 1763 von dem physikalischen Institut der Universität den Auftrag erhielt, das alte Modell einer Newcomenschen Dampfmaschine, das nicht mehr funktionierte, wieder instand zu setzen. Er löste die Aufgabe befriedigend, indem er den Zylinder, der im Verhältnis zu den übrigen Teilen der Maschine zu groß war, um ein Stück verkürzte; zugleich war hierdurch aber sein Interesse für die Maschine in mächtiger Weise angeregt worden, und als er die mannigfachen Mängel und Fehler, die dieser anhafteten, erkannt hatte, sah er auch bewußt wurde, welche große Bedeutung die Beseitigung dieser Fehler für die Industrie haben mußte, machte er sich im brennendsten Eifer der Verbesserung der Maschine zu, die nunmehr die große Aufgabe seines Lebens werden sollte.

Der wesentlichste und immer fühlbarer werdende Fehler der Newcomenschen Maschine bestand, wie bereits erwähnt, in dem enormen Brennstoffverbrauch derselben. Watt machte sich alle Faktoren, die bei der Arbeitsweise und Einrichtung der Maschine mitwirkten, klar, und ebenso auch, daß der enorme Brennstoffverbrauch der Maschine hauptsächlich zurückzuführen war auf den außerordentlich hohen Dampfverbrauch derselben, der für jeden Kolbenhub das Mehrfache des Zylinderinhaltes betrug. Die Ursache dieses hohen Dampfverbrauches über fand Watt in dem Umstand, daß der Zylinder der Maschine zwei verschiedene Funktionen gleichzeitig zu erfüllen hatte, nämlich die, heißen Dampf aufzunehmen und darauf den heißen Dampf wieder abzugeben. Nach jeder erfolgten Abkühlung bzw. Kondensation des Dampfes mußte bei der Newcomenschen Maschine auch die Wärme des Zylinders abgeführt. Strömte nun wieder Dampf in den Zylinder, so wird dieser unnötigerweise zunächst solange zu Wasser verdichtet, bis die Zylinderwände eine genügend hohe Temperatur angenommen haben, bei der eine Verdichtung des Dampfes nicht mehr möglich ist. Diese Dampfmenge also, die verwandt wird, um die abgekühlten Zylinderwände wieder zu erhitzen, ist für die praktische Arbeit vollständig nutzlos verloren. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, erfindet Watt zunächst eine Vorrichtung, die ebenso einfach wie zweckmäßig war, und darin bestand, daß er die Verdichtung des Dampfes nicht mehr in dem Zylinder selbst, sondern in einem besonderen Gefäß erfolgen ließ, in welches der Dampf beim Niedergehen des Kolbens hinübergeleitet wurde. Jetzt war es nicht mehr nötig, die Zylinderwände abzukühlen, infolgedessen wurde auch kein Dampf mehr verbraucht, um die abgekühlten Zylinderwände hinterher wieder zu erhitzen. Die Folge dieser Verbesserung war eine Verminderung des Dampfverbrauches und ebenso auch des Kohlenverbrauches um etwa die Hälfte. Der Kondensator (Verdichter), wie Watt die neue hingugefügte Vorrichtung nannte, war die erste seiner großen Erfindungen auf dem Gebiete der Verbesserung der Dampfmaschine. Um die sich in dem Kondensator naturgemäß ansammelnden Mengen von Wasser und ebenso auch von eingebrachten Luft wieder zu entfernen und so den Kondensator dauernd betriebsfähig zu erhalten, brachte Watt an der Maschine noch eine Art Luftpumpe an, die an den Balancier angeschlossen wurde, und, von diesem selbst in Bewegung gesetzt, die Wasser- und Luftmengen, die sich nach jedem Kolbenhub in dem Kondensator ansammeln, aus diesem jedesmal selbstständig entfernte.

Nachwort zur Generalversammlung.

Die Gegner unseres Verbandes, die mit Sehnsucht gehofft hatten, es werde auf unserer diesjährigen Generalversammlung scheinbar hergehen, es würde bei einzelnen Punkten zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Mitgliedschaft kommen, haben sich gründlich verrechnet, denn einiger wie jemals war unsere diesjährige Delegation in allen Punkten, und so konnte und mußte die Generalversammlung von Unbeginn bis Ende in schönster Harmonie verlaufen. Das haben wir schon in unserem Begrüßungsartikel vorausgesagt, denn Vorstand und Redaktion hatten in der Zeit, über die sie Rechenschaft ablegen mußten, ihre volle Schuldigkeit getan, sie konnten mit gutem Gewissen vor ihre Richter treten, aber wie sind sie nicht verurteilt, besudelt und bespottet worden, und wo eine ganze Welt gegen uns steht, wo wir in hunderten von Zeitungen täglich beschimpft werden, wo noch in letzter Zeit unser „Bruderkampf“ verurteilt hat, unsere Mitglieder gegen den Vorstand aufzuheben, wäre es nicht einmal verwunderlich gewesen, wenn dieser oder jener Delegierte den Einflüssen dieser in farnen Geheirlegen wäre. Die arbeitserfindliche Presse ist noch viel zu sehr verbreitet unter den Bergarbeitern, selbst unter unseren Mitgliedern, und wenn sie auch nicht mehr auf jede Frage hereinfallen, so darf man diese „Stimmungsmache“ gegen ihre Organisation keineswegs unterschätzen. Vor allem verdienen die W.-Glabbacher „Wahrheitsapostel“ sich sehr geschicklich stets als die — selbstverständlich und schuldig — „Ungegriffenen“ hinzustellen, während wir natürlich ebenso selbstverständlich die „Ungegriffenen“ sind, die Streit suchen und keinen Frieden wollen. Gerade auf diesen journalistischen Feindern sollten viele herein, weil sich das menschliche Mitgefühl stets auf Seiten der „unschuldigen Verfolgten“ stellt. Und doch sind es die „christlichen“ Streikführer, die den häßlichen Bruderkampf heraufbeschworen haben, ihn ständig schüren, uns fortgesetzt und in jeder Nummer angreifen, so daß wir uns in der Verteidigung befinden, ohne allerdings darüber zu jammern, auch wenn wir die Streitigkeiten mal gründlich verhandeln müssen. Mit dieser traurigen Tatsache müssen wir uns halt so lange abfinden, wie es einer Anzahl Bergarbeiter gefällt sich gegen uns zu organisieren und somit den Bruderkampf ständig zu nähren.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Statutenänderung vollzog sich glatt und gingen dabei die Delegierten in ihren Beschlüssen weiter als der Vorstand. Dieser wollte keine Vertragsänderung, weil durch die verlorenen Kämpfe ein großer Teil der Mitglieder entmündigt sei. Die Generalversammlung beschloß jedoch mit großer Mehrheit eine freiwillige höhere Beitragssklasse, während mehrere Delegierte sogar für eine obligatorische Beitragserhöhung eintraten. Gerade diese Kameraden hatten mit besonderem Fleiß die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Lohnkämpfe der anderen Organisationen verfolgt, sie führten Beispiele an, wie die Arbeiter der anderen Berufsgruppen ganz andere Opfer für ihre Organisationen bringen, deshalb auch andere Erfolge aufzuweisen haben. Nun ist das alles richtig, aber Vergleiche sind keine Buchdrucker, keine Zimmerer, Maurer noch Metallarbeiter, sondern in ihrer Totalität ein konservatives Element, das nur recht langsam vorwärts zu bringen ist, und so hat die Generalversammlung auch noch unserer Ueberzeugung das Richtige getroffen, als sie von einer allgemeinen Beitragserhöhung Abstand nahm.

Der Geschäftsbericht wurde glatt abgepfiffen und entfesselte nicht einmal eine ernsthafte Diskussion, abgesehen von einigen nebensächlichen Monitars und Mißverständnissen, die sich nicht ganz vermeiden lassen. Der Vorstand, einschließlich Masse und Redaktion, erzielte eine einstimmige Entlastung, womit ihre Tätigkeit die vollste Anerkennung und Zufriedenheit der Delegierten fand. Erst „lebendig“ wurde die Generalversammlung beim Punkt von Bewegung, was in Anbetracht der Umstände wohl als selbstverständlich erscheint. Hier lebten mit einem Schläge all die traurigen Erfahrungen und Vorkommnisse aus den Märztagen von 1912 neu auf, und die Delegierten hätten keine Menschen mit warmem Blut, mit Empfindungen, Gefühlen und Reizempfindungen sein müssen, wenn sie nicht Born und Empörung erfaßt und teilweise übermannt hätte. Selbst den Referenten, unseren Kameraden Witt, dem sicherlich niemand nachsagen kann, daß ein leidenschaftliches, ungezügelltes Temperament ihn beherrschte, wurde von einer tiefen, inneren Erregung erfaßt, als er auf die infamen Vorgänge der Märztag zu sprechen kam. Dieser sonst so kühle Mann, der den mitteldeutschen Braunkohlenstreik mit einer Ruhe und Kühle besprach, als interessierte dieser Streik ihn kaum, der alle die Vorkommnisse rein geschäftsmäßig behandelte, ruhig und besonnen die Schlussfolgerungen abwog, ohne Erregung seine Vorschläge machte, derselbe Mann verlor vor Urfregung fast die Fassung, als er mitteilte, wie er hat ansehen müssen, daß in Wanne Polizei hunde auf die Streikenden geheht wurden, auf wehrlose Menschen, die nicht einmal flüchten konnten! Wie die „christlichen“ Streikführer sich als Arbeitswillige als Hinbegardisten verkleideten, sich unter die Streikenden schlichen, nur um diese zu denunzieren, sie ins Unglück zu führen, und wie sich dann diese Wüben freuten, wenn sie ein Opfer an Messer geliefert hatten! Witt hat alle diese Vorgänge Revue passieren lassen und wenn er dabei die „parlamentarischen“ Formen nicht mehr einhalten konnte, so muß man bedenken, daß er Laten und Vorgänge schildern mußte, für die es keine parlamentarische Zeichnung mehr gibt. Schandaten lassen sich mit dem besten Willen nicht parlamentarisch bezeichnen und Schandaten waren es; die Witt vertragen gezwungen war. Ihm und uns allen wäre es hundertmal lieber und angenehmer gewesen, er hätte, anstatt der Aufzählung dieser häßlichen, in der Arbeiterbewegung einzig dastehenden Schurkenstreiche, die alte bergmännische Solidarität und Kameradschaftlichkeit preisen, die Gewerkschaftsmitglieder und -führer loben können. Keine Wirkung ohne Ursache, und anstatt daß der „Bergnappe“ sich über die „gehäßige“ Kampfesweise von Witt beklagt, sollte er lieber Buße tun und bekennen, daß es die „christlichen“ Streikführer gewesen sind, die ein solches Auftreten ihm gegenüber ver schuldet haben. Mit dem demagogischen Gestammel, Schmeichelei und Witt hätten den Gewerkschaften nicht aus der Welt, und Tatsachen waren es, unüberlegbare Tatsachen, die Sache und Witt vorbrachten und ihr Urteil über jene frivolen Wüben, die diese tieftraurigen Tatsachen heraufbeschworen haben, ist eher viel zu milde, als zu hart.

So hat die Generalversammlung auch weiter bei allen Punkten bis zum Schluß das Bild vollster Uebereinstimmung zwischen Leitung und Mitgliedschaft, wodurch die Schaffensfreude in allen Organen neu belebt worden ist und so wird gerade diese Generalversammlung gute Früchte tragen für den Verband und damit für die gesamte Bergarbeiterchaft. Mit frischem Mut und neuer Begeisterung werden Vorstand und Mitglieder auf der Agitation widmen, werden die Laten auszumuntern, die Irreggeführten zu beschreiben und dem Verbanne zuzuführen versuchen, und dazu haben die letzten Vorgänge in der

deutschen Bergarbeiterbewegung eine so günstige Situation geschaffen, wie sie nie günstiger gewesen ist. Nach dem Miesenschwindel der „Christenführer“ an der Saar und dem an Verbrechen grenzenden Betrug der Vollenführer in Oberhessen sollte man doch annehmen, daß den deutschen Bergarbeitern endlich die Augen aufgingen, sie sich dem Verbanne anschließen und so den Weg bahnen helfen zu der einen großen deutschen Bergarbeiterorganisation. Die schönen Worte, die ernste Mahnung, die unser Kamerad Gutemann in seinem Schlußwort an die Bergarbeiterzerfplitterer gerichtet hat, sie möchten doch endlich ablassen von dem verderblichen Bruderkampf, sollten einleuchten, daß wir doch Brüder sind und zusammengehören, daß wir sollten an unsere Seite treten und mit uns kämpfen, werden, wie manche andere eindringliche Ermahnung, in den Wind gesprochen bleiben. Die berufsmäßigen Bergarbeiterzerfplitterer werden ihr schmutziges Geschäft weiter treiben und zwar solange, als es ihnen gelingt, noch einen Teil der Bergarbeiter zu beschwindeln. Deshalb muß die Bergmannseinigigkeit durch die Bergarbeiter selbst geschaffen werden, und dazu müssen die Mitglieder mit aller Energie und ohne Unterlaß die Agitation im Stillen betreiben, müssen die irreführten Arbeitskollegen zu gewinnen suchen. Um wir nun alle, Vorstand und Mitglieder, unsere Pflicht, dann werden wir auf unserer nächsten Generalversammlung diesem Ziele näher sein.

Prof. Alfred Weber über die Gelben.

Am 26. April 1913 hielt Professor Alfred Weber in der Berliner Gewerkschaftskommission einen Vortrag über die Gelben, in welchem er in der Hauptsache ihren „Ideologien“ nachging und unter anderem ausführte:

Das Problem der Bureaufaktisierung der Gesellschaft hängt unmittelbar zusammen mit der Stellung zu den gelben Organisationen. Die Gelben sind nach Angabe ihrer Anhänger entstanden als Folge eines sogenannten „Terrorismus“, den die Arbeiterorganisationen ausgeübt haben sollen, indem sie ihren Interessenstandpunkt übertrieben. Es tritt nun unmittelbar in die Erscheinung: Die Gelben sind nicht mehr eine Zusammenfassung der Arbeiter in großen Berufsorganisationen, sondern in der Zusammenfassung im Werkverein, also als eine Art Betriebsorganisation. Es verbleibt nicht mehr eine Klassen-zusammenfassung nach Verufen.

Was ist nun das Wesen der gelben Organisationen? Nach ihrer Tätigkeit und vom praktischen Gesichtspunkt aus sind die Gelben Unterstützungsvereine, nach ihren Statuten werden die Gelben vollständig für Unterstützungs-zwecke verbraucht, für Kampfszwecke werden keine Gelber gesammelt. Allerdings behaupten die Gelben in der breiteren Öffentlichkeit (Presse, Versammlungen usw.), sie seien den früheren Arbeiterorganisationen gleichwertig, nur ihre Prinzipien wären ein anderes. Wenn sie aber vor Gericht ihre „Prinzipien“ vertreten haben, so ist festgelegt worden, daß sie Unterstützungsvereine sind und daß die Unternehmer die Beiträge direkt oder indirekt einstraffen.

Was die Gelben tatsächlich sind, beweist ihre Geheimgeschichte, die u. a. aus den bekannten Rebusartefen ersichtlich ist. Es ergibt sich daraus, daß die Gründungs- und Unterhaltungskosten fast überall von den Unternehmern getragen werden und zwar nicht nur für Unterstützungs-zwecke, sondern auch für Arbeitsnachweise, Preßorgane, Beamten usw.

1905 sind die ersten Gelben in Augsburg durch eine Aussperrung als „Organisation der Arbeitswilligen“ entstanden. Ebenso entstand die größte Gruppe in Berlin bei den Siemens-Schubert-Verken. Die Aufgabe der gelben Organisationen ist Zusammenfassung der Arbeiter in Betriebs-Werkvereine, Herauslösung aus den großen Gewerkschaftsverbänden und damit Isolierung der Arbeiter, die ohne große Massen in jedem Kampf zwischen Arbeit und Kapital dem Unternehmertum ausgeliefert sind. Es ist selbstverständlich, daß die Gelben auch Streikhilfe leisten. Für die Befreiung von Streikführern wird liquidiert, wie gleichfalls aus den Lebtuchbriefen ersichtlich ist.

Selbstverständlich hat das bei den klassenbewußten Arbeitern Erbitterung hervorgerufen, die darin einen Verrat erblickten. Es entsteht nun die Frage, wie ist es möglich, daß eine derartige Organisation der Fahrenschüchtligen aus den bisherigen Verbänden der Arbeiter gegliedert ist? Gehen wir zunächst einmal der Entwicklung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit nach. Dieser Kampf hat in den letzten zwei Jahrzehnten zwei große Umwälzungen erlebt: 1889/90 und 1904/06. Bis zum Jahre 1889 gab es wohl Kämpfe um die Arbeitsbedingungen, aber mehr in der Theorie als in der Praxis wirksam. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Prinzip der Zentralverbände über die Lokalorganisationen siegte, entstand ein rapides Anwachsen der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stiegen bis auf etwa ein Viertel der Industriearbeiter. Während bei den Arbeiterorganisationen in dieser Zeit Methodik und Taktik des Kampfes sich herausbildeten, verfügten die Unternehmer noch nicht über geschlossene Kampforganisationen, die Arbeiterorganisationen waren also relativ den Unternehmern überlegen, denn letztere hatten sich vornehmlich auf die Produktionskonzentration in Kartellen usw. beschränkt. Es gab in dieser Zeit keine Zusammenfassung und keine Zentralisierung der Unternehmer. Natürlich war die reale Ueberlegenheit des Kapitals über die Arbeit immer da, sie war nur in den Hintergrund gedrängt. Seit 1903/05 ist das in Anlehnung der Erfahrungen des Crimmitschauer Streiks anders geworden. Auch das Unternehmertum hat sich seine Zentralisation gebildet: der „Verein der Arbeitgeberverbände“ und die „Hauptstelle der Arbeitgeberverbände“. (Weide sind seit dem 5. April dieses Jahres zu einer „Vereinigung“ verschmolzen.) Es hat sich auch bei den Unternehmerverbänden eine Methodik und Taktik herausgebildet. Seit dieser Zeit stehen sich zwei große organisierte Heere gegenüber im Kampf zwischen Arbeit und Kapital. In diesem Machtkampf um die Arbeitsbedingungen ist die wesentliche Position für das Unternehmertum die Beherrschung des Arbeitermaterials, das man nach Verleiben einstellen oder entlassen kann, das Arbeitererbsamaterial. Die Behauptung dieser Position würde bedeuten, daß die Unternehmer jede Forderung, jeden Streik ohne Kampf niederzulegen können durch Erfolg anderer Arbeitskräfte, die ihnen zur Verfügung stehen. Seit 1903/05 ist also der Kampf hauptsächlich auf die Beherrschung des Arbeitsmarktes verlegt worden, die weitere Forderung der Unternehmer, Schutz der Arbeitswilligen, Einschränkung der Arbeitskämpfe, kamen in der Zuckhausvorlage zum Ausdruck. Durch Zwangsarbeitsnachweise suchten sich die Unternehmer einen technischen Apparat zur Herausziehung von Arbeitswilligen (Ersatzmaterial) zu schaffen. Gleichzeitig ging eine Eichtung der Arbeiter vor sich, unter dem Gesichtspunkt der Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit für die Unternehmer. Man wollte auch Arbeiterreserviere haben. Dennoch ergab sich, daß die Zwangsarbeitsnachweise diesen Zweck nicht erfüllen können, weil bei großen Streiks nicht genügend Arbeitermaterial herbeigeschafft werden kann. Als sich das letztere herausstellte, trat wieder das Postulat des gefühligen Schutzes der Arbeitswilligen in den Vordergrund und wird auch heute vom Unternehmertum stark betont.

Was bedeutet nun die Organisation der Arbeitswilligen? Es ist selbstverständlich, daß die Werkvereine 1904 bis 1905 sowohl auf der Wirkfläche erschienen mit der dafür geschaffenen „Ideologie“. Die Gelben sind eines der besten Mittel im Kampfe des Unternehmertums mit den Arbeitern. Es ist dadurch eine Stimmung bei denen der Organisation Fernerziehenden (Wirklichen, Unorganisierten), daß der Gewerkschaftsbewegung keine sehr große Chancen mehr gegeben sind. Es ist klar, daß das eine Ueberreibung darstellt, aber diese Stimmung ist jetzt vorhanden, inbezug auf die Ausichtslosigkeit des Kampfes. Für das organisierte Kapital gibt es zwei Wege zur Beherrschung des Arbeitsmarktes. Es kann zur tatsächlichen Durchbrechung der ge-

werkschaftlichen Organisation (theoretisch) kommen, erstens, wenn die Ausführung der gewerkschaftlichen Organisationen gelingt und damit das Arbeiten nur mit Unorganisierten, zweitens durch die Schaffung anderer Organisationen (Gelben), die man den Organisationen der Arbeiter entgegenstellt. Beide Wege haben einen Wert für die Unternehmer, wenn sie auch nur teilweise zum Ziele führen. Für die Arbeiterorganisationen aber sind sie nur dann ernstgefahrbringend, wenn sie vollständig zum Ziele geführt haben. Die Widerstandsorganisationen der Arbeiter sind auch dann nicht wertlos, wenn es ihnen nicht mehr möglich wäre, Gesamtsiege über das Kapital zu erringen. Solange die Gewerkschaften die teilweise Stilllegung der Betriebe durchzusetzen vermögen, solange haben sie einen ungeschwunden Wert für die beteiligten Arbeiter. Sie haben bei sinkender Konkurrenz die Möglichkeit, den Lohn aufrechtzuerhalten. Selbst wenn sie äußerlich eine Niederlage erleiden, erzielen sie durch ihr bloßes Vorhandensein automatisch eine Verbesserung, wenn auch eine in „freiwiliger“ Form des, dabei gegebenen Geschenke (siehe Stadtverwaltungspraxis. D. N.) selbst dann, wenn hinter jedem Organisierten ein oder zwei Nichtorganisierte stehen.

Amerika ist ein Beweis dafür, wie es aussehen würde, wenn die Unternehmer ihren Willen durchsetzen. Dem Stahltrust ist es dort gelungen, aus „geschlossenen“ Betrieben die Organisierten zu entfernen. Polen, Rußen, Italiener, Australier, alles ist herangezogen worden unter gleichzeitiger Vereinfachung der Technik, die Gewerkschaften sind einfach herausgetrieben. Es ist das beste Beispiel, daß unsere Bergbauarbeiter in Deutschland mit dem Bestreben der Polen usw. beschränkt. Der Weg, der ihnen aber nicht gelungen ist, weil ihnen nicht unbegrenzt, sondern begrenztes Arbeitermaterial von Unorganisierten zur Verfügung steht. So bleibt den Unternehmern nur der zweite Weg: die gelbe Organisation.

Kann sich nun die gelbe Bewegung zu einer umfassenden Allgemeinorganisation ausbilden? Die Antwort ist ein bestimmtes Nein! Die Gelben sind Werkverbindungen, die sich ihrem Wesen nach nur auf die großen Miesenbetriebe beschränken. Ihr den Verzicht auf das Streikrecht zahlen die Unternehmer als Entgelt die Unterstützung und Beiträge der Gelben. Daß dieser Zustand auf die ganze Industrie übertragen werden könnte, ist eine Unmöglichkeit. Die gelben Vereine können also das Prinzip der modernen Gewerkschaften nicht durchbrechen, aber sie sind interessant als Symptome einer bestimmten geistigen Verfassung. Bezeichnend ist übrigens, daß daselbe Unternehmertum die Summen für die gelben Vereine ausfringt, das sieht, es läßt seinen sozialpolitischen Pflichten nicht nachkommen, weil es nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt verbleibe. Nun haben die Unternehmer auch die beschränkte Bedeutung der Gelben selber eingesehen, deswegen stützen sie sich auf den „Schutz der Arbeitswilligen“. So bleibt bestehen: die Gelben werden kein „Generalprinzip“ werden, aber sie sind wichtig genug als Symptom der Bureaufaktisierung, das eine allgemeine Bedeutung bekommen könnte.

Die bürokratische Umformung unserer heutigen Gesellschaft ist zum Teil eine technische Notwendigkeit. Bei dem Aristokratienprozess des Kapitals hat sich die Aktiengesellschaft als das kleinste bürokratische Wirtschaftsgewölbe entwickelt. Darüber bauen sich die Kartelle, Syndikate und Trusts auf. Es sind Beamte, die die Unternehmer allseitig in Händen haben, die die Dividenden sichern sollen. Die Sicherung, Auszahlung und Verabfolgungsbewegung, die in jeder Beamtenhaft drin liegt, liegt auch in der Hülle, ihrem Wesen nach.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind die gelben Gewerkschaften die „Sicherung der Arbeiter im Betriebe“, der Versuch einer äußeren Aufsehung der Position der Arbeiter an die der Beamten. Man will die Beamten und Arbeiter der eigenen Betriebe dauernd herauslösen aus der großen breiten Flut der Gesamtarbeiterchaft. Man muß wohl sagen, für ein Trinkgeld. Denn eine wirkliche Sicherung wird es nicht geben! Es werden nur Verhältnisse geschaffen, die jeden Tag in andere gewandelt werden können.

Wie es gelingen, diese Similit-Verbeamtung durchzuführen?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein größerer Teil der Arbeiter sich zum Similitbeamten machen läßt. Sollen wir uns darum auf den fatalistischen Standpunkt stellen, sollen wir aus der Similit eine wirkliche Beamtenstellung anstreben? Das wäre unsinnig, weil der Versuch einer unwandelbar gesicherten Arbeiterschaft mehr bedeutet, als die plötzliche Einschaltung des sozialistischen Zukunftsstaates! Solange wir die kapitalistische Produktion haben, ist es nicht möglich, in Folge der Konjunkturschwankungen usw. dem Arbeiter eine gesicherte Existenz zu gewähren. Das Bedürfnis des Kapitals ist, die Arbeiter auf die Straße zu tun und wieder aufzunehmen. Sonst könnte der Kapitalismus nicht bestehen. In Wahrheit wird also der Similitbeamte sich nicht zu einem wirklichen Beamten auswaschen können. Es werden aber auch dadurch Kruppeneinstellungen an Stelle von Männer- und Fraueneinstellungen geschaffen. Nicht selbständige Arbeiter, sondern „getreue Diener“ ihrer Herren. Man braucht nicht einmal Demokrat zu sein, um das nicht zu wünschen.

Man braucht nur von der inneren Notwendigkeit der selbständigen Existenz des Menschen durchdrungen zu sein, die eine Autorität nur anerkennt, soweit er sie innerlich anerkennen kann. Und die Konsequenz, aus dieser Situation einen Weg zu finden, ist der andere Weg: Nicht die Machtüberlegenheit des Kapitals durch gesetzgeberische Maßregeln weiter zu stärken, sondern die Möglichkeit zu geben, das Koalitionsrecht auszubauen und zu sichern.

Wenn man sagt, der Schutz der Arbeitswilligen und der „Terrorismus“ zwingt zu einem gesetzlichen Vorgehen, so gibt es den Ausweg: eine gesetzliche Bestimmung, die den Unternehmer zwingt, mit der Organisation zu verhandeln.

Für die Draufgehenden und Unparteiischen kommt es darauf an, daß wir uns nicht durch die „gelben Ideologien“ täuschen lassen. Daß wir hinter der „gelben Maske“ sehen, was wirklich ist. Daß wir hinter dem Vorhang sehen: den langsamen Beginn einer inneren Umwälzung, an Stelle freier, selbständiger Männer mit Stütze der Gesetzgebung Leute zu setzen, die in ihrer Abhängigkeit vom Kapital ihren gekrümmten Buckel nicht mehr aufrecht erhalten dürfen.

Bericht der Generalkommission für 1912.

Die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands veröffentliche in Nr. 15 des „Korrespondenzblattes“ ihren Bericht für 1912, dem wir folgendes entnehmen:

Die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften veranlaßt die Schatzmacher im Unternehmerlager, immer wilder nach Ausschaltung gegen die Gewerkschaften zu zielen. Der Glaube an die eigene Kraft scheint im organisierten Unternehmertum mehr und mehr zu schwinden. Man hatte gehofft, durch umfassende Anwendung der Aussperrungsaktien jeden Lohnkampf zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis zu führen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brechen zu können. Daß dieses Ziel nie erreicht werden wird, lehrt der Ausgang aller größeren Lohnkämpfe im letzten Jahre. Im Berichtsjahre gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Steinbruggewerbe und der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängten Aussperrungen mußten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß bequemen und die verhassten Gewerkschaften anerkennen. Zu größeren Aussperrungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schenkerbergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verhandlung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im Schenkerbergewerbe durch Schiedsprüfung. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Bruchs der „christlichen“ Gewerkschaften und des zügellosen Terrorismus, der in dem von Polizei und Militär überfüllten Streikgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde schon nach einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. In einem gemeinsamen Aufruf erhoben Generalkommission und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten

der Regierung, die gerade in der kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von dem Willen getragen sei, den Wünschen der Schmarfacher nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Lande wurde das Ersuchen gerichtet, sich dem Protest anzuschließen. Unterstützt von den „christlichen“ Gewerkschaftsführern, legte eine unerschütterliche Debatte gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlicher und öffentlicher Gewalt leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitsschlichter beschuldigt, zu deren Schutz man verschärfte Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostens, verlangte. Dem Einfluß der Unternehmer gelang es, die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufhebung gerichtet wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Die Durchführung solcher Absichten dürfte im Reichstag allerdings gundst auf einige Schwierigkeiten stoßen. Ein konservativer Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpostens forderte, wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung war dagegen. Sie erklärte, mit der schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze einmüßig auskommen zu können und will erst bei der Neuregelung des Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Streikverbot der deutschen Arbeiter führen.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hege und der Stellungnahme der Regierung, die unerschütterlich eine schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Streikverbot ausübenden Arbeiter forderte, zeigen sich im ganzen Lande. Von manchen Gerichten werden für ein paar beleidigende Worte, wenn sie gerade an einen Streikführer gerichtet worden sind, geradezu barbare Strafen verhängt. Das Vereinsgesetz wird nur zu oft in schändlicher Weise gehandhabt. Immer häufiger bemerken sich streifende Staatsanwälte, Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampeln. Die „christlichen“ Gewerkschaften, die Arbeitervereine, die Unternehmerorganisationen usw., die alle in viel weiterem Maße zu politischen Tagungen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungeschoren. Zahlreiche Innungen verbieten ihren Mitgliedern, Arbeitsverträge abzuschließen, und zwar unter Androhung von 20 Mk. Geldstrafe für jeden Tag, wo der Tarif besteht. Andere Innungen bestrafen Mitglieder, die sich weigern, ihre Arbeiter auszusperren. Daß ein solches terroristisches Vorgehen gegen § 188 der Gewerbeordnung verstößt, unterliegt keinem Zweifel. Trag mehrfacher Strafangelegen hat sich bisher aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Gesetzesverletzung eingeschritten wäre.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiet nichts geleistet, wenn man von den überaus sozialrechtlichen Resolutionen zum Maß abseht.

Die zur Durchführung der Vollversicherung von den der General-Kommission angeschlossenen Gewerkschaften und dem Zentralverband deutscher Kontumbrer errichtete gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Arbeiter-Versicherungsgesellschaft hat ihren Geschäftsbetrieb leider immer noch nicht beginnen können. Der mit der Ausarbeitung der Tarife und Versicherungsbedingungen beauftragte Mathematiker hat die Arbeit, statt wie vereinbart, Ende September, erst Mitte Dezember vorigen Jahres abgeschlossen. Infolgedessen konnten Geschäftsplan, Tarife und Versicherungsbedingungen erst am 18. Dezember dem Kaiserlichen Ausschuss zur Prüfung eingereicht werden. Das Ausschussamt hat eine Reihe von Änderungen verlangt, die inzwischen vorgenommen sind. Ueber die Genehmigung des Geschäftsbetriebes entscheidet das Amt unter Mitwirkung des Versicherungsamtes nach mündlicher Verhandlung. (Die Genehmigung ist am 6. Mai erfolgt. D. M.)

Das Leipziger Gewerkschaftskartell regte die Beteiligung an der internationalen Kaufschauausstellung in Leipzig an. Nach mehreren Verhandlungen mit dem Ausstellungsdirektorium wurde die Beteiligung beschlossen. Die Beteiligung der Gewerkschaften beschränkt sich auf eine Darstellung des Bauarbeiterschutzes. In der Hauptfrage handelt es sich aber um die Vorführung musterhafter Gerüste, Schutzvorrichtungen und Einrichtungen hygienischer und sanitärer Art. Zu diesem Zweck haben die Gewerkschaften ein eigenes Gebäude errichtet, an dem Gerüste für Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Klempner und Maler angebracht sind, die zeigen, wie sie beschaffen sein müssen, um Unfälle zu verhüten. Außerdem werden die erforderlichen hygienischen Einrichtungen in musterhafter Weise vorgeführt.

Die proletarische Jugendbewegung hat in der Verdrängung, die wegen der Forderung des Geschäftsjahres nur neun Monate umfasst, gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmertum in der stumpfsten Weise bekämpft worden ist. Versammlungen wurden für politisch erklärt, bevor sie begonnen hatten. Sogar gefällige Veranstaltungen und Feste wurden von vornherein zu politischen Versammlungen gestempelt. Während solchermaßen versucht wurde, die Jugendlichen von der Jugendbewegung der Arbeiterklasse mit der Beizung fernzuhalten, bemühten sich die bürgerlichen Eliten, die jungen Arbeiter mit dem Zuckerbrot an sich zu locken. Und dieselben Behörden, die die Jugendbewegung der Arbeiterklasse brutal bekämpften, leisteten dem Jugendband des Bürgeriums jeden ardenlichen Liebesdienst. In diesem heißen, für die Arbeiterklasse opferreichen Kampfe um die arbeitende Jugend hat sich aber unsere Jugendbewegung glänzend behauptet. Der Fortschritt läßt sich am besten an dem Unwontentstande der „Arbeiter-Jugend“ ermessen. Er ist von 80 000 auf 90 000 gestiegen. Die General-Kommission hat in der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands vier Vertreter. Die Zentralstelle hat vier neue Flugblätter herausgegeben, die im ganzen in 60 100 Exemplaren verlangt wurden. Die Agitationsbrochüre: „Gehst du zu uns?“ wurde in 23 573 Exemplaren verbreitet. Vom Jugendliebchen wurden 22 223 Exemplare verkauft. Der Jugendband „Jungvolk“ hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk“ soll in jedem Jahre als eine Weihnachts-gabe an die arbeitende Jugend neu erscheinen. Auch die übrigen Schriften der Zentralstelle, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden in der Berichtzeit viel verlangt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Zentralstelle der Ausbildung von Funktionären für die freie Jugendbewegung zugewandt. Sie gibt nach Bedarf ein gedrucktes Rundschreiben heraus, das Anleitungen für die praktische Arbeit auf allen Gebieten enthält. Für die einzelnen Arbeitskreise, das Vortragswesen, Einrichtung von Jugendbibliotheken, künstlerische geistliche Veranstaltungen, Körperpflege usw. sind im Laufe der Jahre besondere Ratgeber gedruckt worden, die an Funktionäre unentgeltlich abgegeben werden. Da der schriftlichen Belehrung auf diesem Gebiete enge Grenzen gezogen sind, ist die Zentralstelle zur Einrichtung eines Ausbildungskurses für Jugendleiter geschritten. Der Kursus fand im Oktober statt. Er wird im Mai dieses Jahres wiederholt. Die Ausgaben der Zentralstelle betrugen 13 929,34 Mk. Jugend-ausschüsse gibt es in 637 Orten (gegen 574 im Vorjahre). Die Zahl der Veranstaltungen, die zur Pflege des Körpers und des Geistes unserer Jugend getroffen haben, hat die des vorigen Jahres um ein bedeutendes überbritten.

Zu den zur Förderung der Agitation in schlecht organisierten Bezirken von der General-Kommission unterhaltenen oder unterstützten Agitationskommissionen, Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsekretariaten ist noch ein Gewerkschaftsekretariat für das lehrerliche Industriegebiet mit dem Sitz in Weiz hingeworfen.

Die Anforderungen auf Zuzüge zur Errichtung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftsekretären sind die gleichen geblieben wie in den Vorjahren. Es kann nicht allen diesen Wünschen Rechnung getragen werden, so berechnen sie im Einzelfall sein mögen.

Agitationen zwecks, die Reise des Vorsitzenden der General-Kommission in die Vereinigten Staaten. Sie erwiderte sich auf die wichtigsten Industriezentren des Landes von New York bis Los Angeles und Seattle an der Westküste und dauerte von Anfang April bis Ende Juli 1912. Die Einladung zu dieser Agitationsreise ging von der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten und der American Federation of Labor aus. Die Reise selbst und die Beobachtungen und Erfahrungen über die Arbeiterbewegung des Landes werden in einem in einigen Monaten erscheinenden besonderen Bericht geschildert werden.

Antreit der Arbeit sich bei dem Unternehmernachweis zu melden. Diese Meldung, die mit der Arbeitsvermittlung nichts zu tun hat, sondern bezweckt, die Arbeiter einer Kontrolle über ihre Bestimmung und Organisationsfähigkeit zu unterwerfen, wird dann als Arbeitsvermittlungsfall geführt. Diesem Antrag sollte durch genaue Prüfung der Zahlenangaben der Unternehmernachweise durch das Statistische Amt gesteuert werden.

Auf besonderen Wunsch der Confédération Générale du Travail entsandte die General-Kommission einen Vertreter zu dem vom 18. bis zum 22. September 1912 in Genua abgehaltenen französischen Gewerkschaftskongress. In den Verhandlungen des achten skandinavischen Arbeiterkongresses in Stockholm (2. bis 6. September 1912) und des daran anschließenden schwedischen Gewerkschaftskongresses nahmen zwei Vertreter der General-Kommission teil. Es fanden taktische und organisatorische Streitfragen zur Entscheidung, zu deren beiderseitiger Lösung die Vertreter der General-Kommission, gestützt auf die Erfahrungen in Deutschland, erfolgreich beigetragen haben. Der zweite internationale Heimarbeiterskongress lagte vom 8. bis zum 9. September 1912 in Zürich. Die General-Kommission hatte schriftliche Memorale über die gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands und die Heimarbeit in Deutschland, erfolgreich beigegeben. Der zweite internationale Heimarbeiterskongress lagte vom 8. bis zum 9. September 1912 in Zürich. Die General-Kommission hatte schriftliche Memorale über die gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands und die Heimarbeit in Deutschland, erfolgreich beigegeben.

Die gewerkschaftlichen Unterrichts-kurse sind im Herbst 1912 wieder aufgenommen worden. Der erste Kursus war von 72 Teilnehmern besucht. Eine Erweiterung des Vortragsprogramms machte sich infolge der Veränderung unserer Arbeiterverfassungsgesetze notwendig. Um mehr Zeit für Vorträge über die Reichsversicherungsordnung zu gewinnen, mußten die Vorträge über Renten und Geldverkehr ausfallen. Um den Arbeitersekretären Gelegenheit zu geben, sich mit dem durch die Reichsversicherungsordnung erheblich geänderten Recht der Arbeiterversicherung besser und schneller vertraut zu machen, wurden zwei Unterrichts-kurse für Arbeitersekretäre mit 62 Teilnehmern abgehalten.

Das „Korrespondenzblatt“ ist mit Beginn des Jahres 1912 durch die Herausgabe der Arbeiterrechts-Beilage erweitert worden. Infolge der speziellen Behandlung aller Nachfragen konnte auch den gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalt des „Korrespondenzblattes“ ein größerer Raum gewährt werden. Die Statistischen Beilagen, Literaturbeilagen und Adressenbeilagen sind mit Sorgfalt bearbeitet worden. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1911: 28 400, Ende 1912: 80 000 Exemplare. Dazu kommt eine Sonderausgabe der Arbeiterrechts-Beilage für die Arbeitervertreter in den Instanzen der Sozialversicherung usw., die an die Gewerkschaftskartelle auf Bestellung zur Weiterversendung an die genannten Bezirke besonders expediert wird. Diese Sonderausgabe betrug am Jahreschluss 3000 Exemplare.

Das in italienischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsorgan „L'Operaio Italiano“ hatte im Berichtsjahre eine Auflage von 10 184 Exemplaren gegen 9882 im Vorjahre. Die Auflage des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswiata“ stieg im Berichtsjahre auf 8034 Exemplare gegen 6878 des Vorjahres. Von der General-Kommission wurden an Vorklären herausgegeben: „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.“ „Nachtrag zur vierten Auflage des Literaturverzeichnis.“ „Berichte der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands an den zweiten internationalen Heimarbeiterskongress 1912 in Zürich.“ „Das Hausarbeitsgesetz.“ „Materialien zu den Vorträgen über Realitäten, Vereins- und Verfallensrecht in den gewerkschaftlichen Unterrichts-kursen.“ „Die Wahlen der Beisitzer zu den Organen der Versicherungsträger und zu den Versicherungsbevollmächtigten.“ Ferner eine Flug-schrift zur Agitation unter den Arbeiterinnen.

Das Arbeiterinnensekretariat hat sich bisher in der Haupt-sache agitatorisch betätigt. Ueber die Wirksamkeit der auf Anregung des Sekretariats errichteten Beschwerdestellen für Arbeiterinnen kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. In vielen Versammlungen und einigen Versammlungskontakten der Gewerkschaften konnten Rednerinnen vermittelt werden. Die weitere Tätigkeit des Sekretariats erstreckte sich wie in den Vorjahren auf die Sammlung und Verwertung von Agitationsmaterial. Außerdem werden im Sekretariat die Klagen-geschäfte des Hausangestelltenverbandes erledigt.

Die Kassenabrechnung weist einschließlich eines Kassenbestandes am Anfang des Jahres 1912 von 442 881,71 Mk. eine Einnahme von 879 689,18 Mk. auf, davon waren Beiträge der Gewerkschaften 810 881,08 Mk. Ausgegeben wurden im ganzen 444 222,93 Mk., davon für Agitation 165 868,13 Mk., für Kongresse und Konferenzen 545,91 Mk., Beitrag an den internationalen Sekretär 3480 Mk., Verwaltungs-kosten 88 534,78 Mk., Unterrichts-kurse 88 087,76 Mk., „Korrespondenz-Blatt“ 74 618,93 Mk., „L'Operaio Italiano“ 10 486,97 Mk., „Oswiata“ 14 207,45 Mk., Zentral-Arbeitersekretariat 19 794,30 Mk., sozialpolitische Abteilung 21 822,17 Mk. Das Vermögen betrug 435 866,82 Mk. Zur Unterhaltung von Streiks und Aus-sperrungen wurden eingenommen 680 416,21 Mk., ausgegeben 616 745,76 Mk. Es blieb ein Bestand von 62 670,45 Mk.

In den Bericht der General-Kommission fällt sich der Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats. Dielem wurden im Jahre 1912 zusammen 2343 Sachen zur Vertretung überwiesen. Davon waren Unfall-fällen 1894, Invalidenfällen 135, Anknappungsfällen 30, Zivil-fällen 6. Von den 1904 Unfall-fällen fanden eine günstige Entscheidung 706, eine ungünstige 1198, darunter befanden sich 381 Fälle, in denen die Vertretung von vornherein abgelehnt wurde. Bei den 135 Invalidenfällen wurde in 9 Fällen die Vertretung abgelehnt. In der Berufungsinstanz wurden 10 Fälle erledigt, davon nur einer endgültig mit Erfolg. Die 116 Revision-fällen hatten folgendes Ergebnis. Es wurde auf das Rechtsmittel des

	Verfahrens-träger	Ver-sicherten
die Revision zurückgewiesen	13	53
der Revision stattgegeben	4	3
die Sache zur nachmaligen Verhandlung an das Oberversicherungsamt zurückgewiesen	18	23
die Revision zurückgenommen	—	3

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Entwicklung der Fleischpreise seit 1816.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht in der letzten Nummer seiner Zeitschrift eine interessante Uebersicht über die Entwicklung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Fleischsorten in Preußen im Laufe von nahezu 100 Jahren. Wenn auch die Preis-erhebungsmethode während der ganzen Zeit nicht die gleiche gewesen ist, so sind doch die Abweichungen nicht so groß, daß sie die Vergleichbarkeit ausfallen. Der Statistik zugrunde liegen bis zum Jahre 1908 jährliche Berichtsbände der amtlichen preussischen Preisstatistik, von 1909 bis 1912 die 50 Berichtsbände der „Statistischen Korrespondenz“. Die amtliche Statistik gibt die Preise für jedes Jahr einzeln an. Wir haben der besseren Vergleichbarkeit halber sie zu zehn-jährigen Perioden zusammengeordnet und nur für die letzten Jahre die Detailziffern wieder-gegeben. Es betragen die Preise im Kleinhandel für ein Kilogramm in Pfennigen:

Jahr	Stadtschweinefleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Kammelfleisch
1816—1820	86	70	—	—
1821—1830	47	54	—	—
1831—1840	52	62	—	—
1841—1850	57	71	—	—
1851—1860	71	92	—	—
1861—1870	87	104	—	—
1871—1880	115	125	100	109
1881—1890	117	124	103	112
1891—1900	125	130	120	122
1901—1910	144	150	152	150
1911	167	149	187	177
1912	181	167	197	186

Die Steigerung ist wie man sieht, eine enorme, auch wenn man den gemittelten Wert des Geldes in Betracht zieht. Bereits das Jahr-zehnt 1901—1910 brachte gegenüber der Ausgangsperiode mehr als eine Verdoppelung der Preise für Rindfleisch, die in den beiden letzten Jahren nahezu zu einer Verdreifung geworden ist. Nimmt man das Jahrzehnt 1821—1830 als Ausgangspunkt, so kommen wir sogar nahezu zu einer Verdreifung. Prozentual nicht ganz so enorm ist die Preis-erhöhung bei Schweinefleisch gewesen, obwohl auch hier ein Vergleich der Preise von 1912 mit denen des Jahrzehnts 1821—1830 mehr als eine Verdreifung ergibt. Da die Produktionskosten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht annähernd in dem gleichen Verhältnis gemachsen sind, gleichzeitig sich aber auch die Produktivität durch Verwendung schneller reiferer Rassen, geeigneter Fütterung usw. bedeutend gehoben hat, so ergibt sich daraus eine enorme Steigerung der Gewinne der Landwirte, ohne daß dadurch freilich ihre „Volkswirtschaft“ kleiner geworden wäre.

Steigt der Volkswohlstand?

In der gegnerischen Presse wird immer wieder der „steigende Volkswohlstand“ statistisch nachgewiesen. So wird in einer statistischen Studie von Dr. Mendelson, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg, dem Sinne nach ausgeführt:

Im Jahre 1895 gehörten in Preußen zu der Einkommensteuer-Klasse unter 900 Mark 21 200 000 Personen = 68,7 Prozent der Bevölkerung; 1905 nur noch 20 500 000 Personen = 68,6 Prozent der Bevölkerung; 1911 nur noch 16 400 000 Personen = 41,2 Prozent der Bevölkerung.

Dr. Mendelson bemerkt dazu:

„Das charakteristische Ergebnis dieser Tabelle ist, daß die Bevölkerung, deren Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt, fort-dauernd absolut wie relativ abgenommen hat. Die Einkommen-gruppen mit über 900 Mark Jahreseinkommen haben dagegen sämtlich sowohl absolut wie relativ zugenommen... Diese Ziffern... dürften den volkswirtschaftlichen Verhältnissen, das unter Be-zug auf... ein Zeitalter der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des gesamten Volkes ist.“

Dieser Trugschluss aus so beruhendem Munde ist gefährlich. Ein Trugschluss ist es, weil ja hier die Steigerung der Preise gänzlich außer acht gelassen ist. Im Jahre 1895 bedeuteten 900 Mark weit mehr als im Jahre 1911, weil man weit mehr dafür kaufen konnte. Sämtlich kommt es doch nicht auf die Geldsumme an, die jemand als Lohn bekommt, sondern auf das, was er dafür kaufen kann. Und das ist eben im Laufe der Jahre sehr viel weniger geworden. Es rügt, an die Preisstellungen Calwers zu erinnern, die bisher nirgends verdrängt worden sind. Calwer hat die Lebensmittelpreise aus 100 deutschen Orten zusammengerechnet und hat danach berechnet, daß, was eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern denwöchentlichweise an Essen und Trinken braucht, im Januar 1911 pro Woche 25,50 Mk. kostete. Dann sind die Preise andauernd gestiegen und die gleiche Wochenernährung kostete im Durchschnitt des Jahres 1912 nicht weniger als 25,80 Mk.! Da es sich oben um das Jahr 1911 handelt, so wollen wir, um eine glatte Rechnung zu haben, einen Preis von 24 Mk. pro Woche annehmen. Dann würde in jenem Jahre eine so kleine Familie nur allein für Nahrung 1248 Mk. haben ausgeben müssen, um sich richtig satt zu essen. Unter solchen Umständen ist es doch einfach lächerlich, noch immer mit dem „Existenzminimum“ von 900 Mk. zu operieren! Wir wollen es ganz unerörtert lassen, ob im Jahre 1895 900 Mark ausreichten, um eine Familie auch nur nobilitiert zu ernähren. 1911 haben sie sicher nicht gereicht, und es ist gewiß sehr bedauerlich, wenn wir für das Jahr 1911 das wirkliche Existenzminimum auf 1500 Mark aufsetzen. Dabei sind die Ausgaben für Nahrung schon weit geringer, als mit 1248 Mark angenommen. Sollte wir aber diese Zahl einsehen, so wie ein Einkommen von 1500 Mark im Jahre auf die gleiche Stufe stellen mit dem Einkommen von 900 Mark im Jahre 1895, bekommen wir ein ganz anderes Bild als Dr. Mendelson.

Es betrug die gesamte Bevölkerung Preußens im Jahre 1911 rund 39 800 000 Seelen, davon gehörten zur Einkommensteuerstufe von nicht über 900 Mk. 16 400 000 Personen } ausam. 81 200 000, 41,2 %
 900—1 500 " 14 800 000 " } 78,8 %
 1 500— 2 000 " 6 200 000 " } 15,0 %
 2 000— 3 000 " 1 800 000 " } 4,5 %
 3 000— 4 000 " 2 300 000 " } 0,71 %
 4 000— 5 000 " 2 000 000 " } 0,71 %
 5 000—10 000 " 59 800 " } 0,15 %
 über 10 000 " 12 500 " } 0,08 %
 100 %

Und nun vergleiche man, bitte, die Zahlen. Es würde sich wahr-scheinlich lohnen, sie auch für das Jahr 1905 herauszugeben, wo ebenfalls das Existenzminimum schon weit höher als auf 900 Mark angelegt werden muß. In diesen wollen wir, um das Bild nicht zu komplizieren, es bei den Zahlen von 1895 und 1911 bewenden lassen, dann zeigt sich, daß allerdings die Zahl derer, die ein Einkommen unter 900 Mk. hatten, in 16 Jahren gesunken ist, nämlich von 21 200 000 auf 16 400 000. Aber die Zahl derer, die das Existenzminimum nicht halten, ist ganz gewaltig gestiegen, nämlich von 21 200 000 auf 31 200 000, genau um 10 Millionen Seelen! Und ebenso gewaltig hat ihr Prozentsatz zugenommen. Er betrug im Jahre 1895 68,7 Prozent der Bevölkerung, im Jahre 1911 nicht weniger als 78,8 Proz.

Nach dieser wird übrigens das Bild, wenn wir statt der gesamten Bevölkerung nur die Zahl der Erwerbenden betrachten, die zur Steuer veranlagt oder — weil unter 90 Mark — freigelassen wurden. Dazu sieht die Tabelle wie folgt aus:

nicht über 900 Mk.	8 250 000 = 55,6 %
900— 1 500 "	4 100 000 = 27,6 %
1 500— 2 000 "	1 700 000 = 11,5 %
2 000— 3 000 "	540 000 = 3,84 %
3 000— 4 000 "	80 400 = 0,6 %
4 000— 5 000 "	94 200 = 0,64 %
5 000—10 000 "	59 800 = 0,4 %
über 10 000 "	4 100 = 0,02 %

Zusammen 83,2 %

Hier sind es sogar über 83 Prozent, die unter dem Existenz-minimum stehen, obgleich wir dieses mit 1500 Mark wahrlich bescheiden genug bemessen haben. Und weit über die Hälfte, nämlich 55,6 Proz., haben unter 900 Mark. Diese letzte Rechnung ist aber zweifellos richtiger. Denn wenn z. B. ein Junggeselle unter 900 Mark hat und neben ihm ein Familienvater mit drei Angehörigen über 900 Mark, ist es doch ganz sinnlos zu sagen: 80 Prozent der „Bevölkerung“ haben über und nur 20 Prozent haben unter 900 Mark. Richtig ist vielmehr, nur die Erwerbenden zu rechnen, wobei dann 50 und 50 Prozent herausstämten.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-versicherung.

Vom deutschen Arbeiter-schutz.

Die deutschen Arbeitgeber führen bei jeder Gelegenheit Klage über die große Belastung, die ihnen die Arbeiterversicherung und der Arbeiter-schutz auferlegen und versuchen immer wieder, zu beweisen, daß die deutsche Industrie und Landwirtschaft dadurch dem Auslande gegenüber im Nachteil sich befinden und nicht konkurrenzfähig waren, würde den Anforderungen der Arbeiter auf Verbesserung der bestehenden Schutzvorschriften entsprochen werden. Deshalb seien einige Details angeführt über die Gefahren, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen im Erwerbsleben ausgesetzt sind, über das Unzureichende der vorhandenen Schutzgesetze bezw. der Art ihrer Durchführung und über die den Arbeitnehmern entstehenden Kosten.

Versichert waren gegen Unfall im Jahre 1911 2 802 667 Personen. Unfallmeldungen wurden erstattet 716 584. Von den gemeldeten Fällen verliefen 9443 tödlich, 988 hatten tödliche und 46 124 teilweise Erwerbs-unfähigkeit zur Folge. Bei 75 559 gemeldeten Fällen war die Erwerbs-unfähigkeit vorübergehend oder im Jahre der Meldung noch nicht festgestellt bezw. nicht anerkannt. Auf 1000 Versicherte entfielen also 1911 0,34 Inzidenz gegen 0,32 im Jahre 1910. Trotzdem blieb die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle nahezu die gleiche wie im Jahre zuvor. Es ist dies zurückzuführen auf die Spar-samkeit der Berufs-genossenschaften und ein Beweis dafür, daß es den besten Arbeitern nicht leicht gemacht wird, in den Genuss einer Unfallrente zu kommen. Zum ersten Male wurden Renten bewilligt an 123 114 Personen gegen 132 084 im Jahre 1910. Von den übrigen im Jahre 1911 verletzten Arbeitern und Arbeiterinnen werden Tausende langwierige Kämpfe führen müssen, ehe ihre Erwerbsunfähigkeit als Unfallfolge anerkannt und entschädigt wird. Dabei kann selbst die Vollrente auf keinen Fall den Verlust der Erwerbsunfähigkeit ersetzen.

In Kosten ertrugten den Arbeitgebern durch die Unfallversicherung im Berichtsjahre im Durchschnitt auf je 100 Mark Lohnsumme 1,67 Mk.

Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrenten.

Ueber die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrenten auf das 65. Lebensjahr soll nach Artikel 84 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung im Jahre 1915 der Reichstag einen Beschluß fassen. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung bekanntlich diese Forderung abgelehnt und der „Ver-sicherungsbund“, bestehend aus Konföderativen, Zentrum und National-liberalen, hatte der Regierung nachgegeben. Die Kosten für diese Herabsetzung sollten angeblich unerschwinglich sein. Schon vorher hatte die Regierung diesen Einwand erhoben, als die Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten gegenüber einer Re-gierungsbeihilfe über die Rentenversicherung der Privatangestellten den Ausbau der Invalidenversicherung forderte. In jener Debatte hatte die Reichsregierung behauptet, daß die Kosten für den Weg-zug der Altersrente vom 63. Lebensjahre eine jährliche Mehrausgabe von

40% Millionen Mark verursachen würde, wovon das Reich 12 1/2 Millionen und die Versicherungsanstalten 28 Millionen Mark zu tragen hätten. Das war im Juli 1908. Als aber die Regierung 9 Monate später den Entwurf der Reichsversicherungsordnung veröffentlichte, berechnete sie diese Kosten nur noch auf 28,8 Millionen Mark jährlich, wovon das Reich 8,9 Millionen Mark und die Versicherungsanstalten 19,9 Millionen Mark zu tragen hätten. Obwohl bei der Berechnung von 1908 eine Durchschnittsrente von 1800 Mk. zugrunde gelegt war und bei der 1909 eine Durchschnittsrente von 1815 Mk. sollte die Belastung mit der höheren Durchschnittsrente doch um 12 Millionen Mark jährlich niedriger sein.

Der Reichstag betrachtete denn auch diese Berechnungen der Regierungsmathematiker mit großer Skepsis. Wie berechtigt das Mißtrauen gegen jene Rechnung war, zeigt sich jetzt, nachdem die Regierung ersthaft daran geht, gezwungen durch Artikel 84 des Einführungsgesetzes, Rechnungsgrundlagen für die Abschätzung der Altersgrenze zu beschaffen. Auf einer Konferenz der Vertreter der Landesversicherungsanstalten, die unlängst im Reichsversicherungsamt abgehalten wurde, konnte auf Grund der bei den Versicherungsanstalten vorgenommenen Abkündigungen festgestellt werden, daß die Gesamtbelastung nicht 40,5 Millionen, auch nicht 28,8 Millionen Mark, sondern nur 13,75 Millionen Mark jährlich beträgt, wovon das Reich 1/4 und die Versicherungsanstalten 3/4 Millionen Mark zu tragen hätten. Selbst wenn das Reich sich an den Mehrkosten nicht beteiligen würde, sondern diese ganz aus Beiträgen aufgebracht werden könnten und zu diesem Zweck eine Beitragserhöhung vorgenommen werden würde, müßte der Wochenbeitrag — bei jetzt rund 14 Millionen Versicherten — um durchschnittlich 2 Pfennig erhöht werden. Bei den Milliardensummen aber, mit denen die Invalidenversicherung heute rechnet, ist diese Ausgabendeckung gerechtfertigt. Damit entfällt der Regierung eines der wichtigsten Argumente gegen den Ausbau der Invalidenversicherung. Die Regierung wird, nachdem die Gelegenheit zum Ausbau der Invalidenversicherung bei der Reichsversicherungsordnung so gründlich verpaßt worden ist, sich nicht länger weigern können, nun in der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Die Volksfürsorge.

Nachdem die Volksfürsorge kürzlich vom Ausschuss für Privatversicherung genehmigt wurde, wird die Aufnahme des Geschäftsbetriebes nicht mehr lange auf sich warten lassen. Mit diesem sozialen Werke wird den Kapitalisten wieder eine Gelegenheit entziffen, das proletarische Volk auszubeuten. Als Produzentin wie als Konsumentin unterliegt die Arbeiterkassette der kapitalistischen Ausbeutung. Damit aber nicht genug. Auch die Not des Volkes wurde für das Kapital ein Objekt der Ausbeutung. Die Sorge des Arbeiters, seiner Familie bei seinem Tode eine mehr oder weniger große Geldsumme zu hinterlassen, damit die des Ernährers beraubte Familie wenigstens in der ersten Zeit vor dem blauen Nichts steht, die Sorge des Arbeiters, für seine Kinder eine kleine Summe aufzusparen bis zur Hochzeit oder bis zur Militärzeit, die Sorge des Arbeiters, sein blühendes Gut gegen Feuergefahren zu versichern, mit einem Worte: die Sorge des Arbeiters gegen die Notfälle des Lebens erschien dem profitgierigen Kapital als günstige Gelegenheit, Geschäfte zu machen. Und was für Geschäfte! In keinem kapitalistischen Unternehmen ist das Mißtrauen des Kapitalisten so gering, der Profit so unerschöpflich groß und leicht zu erzielen, als im Versicherungsunternehmen. Kein Wunder, daß in den verflochten 20 Jahren die Versicherungen wie Pilze aus dem Boden schossen. Kein Wunder, daß gegenwärtig von den kapitalistischen Unternehmen ein wütender Kampf gegen die Volksfürsorge geführt wird. Vor den schamhaftesten Mitteln der Verleumdung scheuen die Gegner der Volksfürsorge nicht zurück, angefangen von den Agariern bis zu den „Christlichen“. Aber weder die Schmähungen, noch die eiligt ins Werk gesetzten Gegenmaßnahmen der kapitalistischen Versicherungsunternehmen werden die Volksfürsorge hindern können.

Die Volksfürsorge, die alle Arten der Versicherung betreiben wird, die im allgemeinen als Zweige der sogenannten Vollversicherung betrachtet werden, wird für die Versicherten mehr und besser leisten können, wie die bestehenden Versicherungsgesellschaften, da schon die Verwaltungsstellen der Volksfürsorge bedeutend billiger sind; denn sie zählt keine in die Hunderttausende gehenden Gehälter und Löhne an Direktoren und Aufsichtsräte. Das Aktienkapital, das zur Hälfte von den Genossenschaften, zur anderen Hälfte von den Gewerkschaften eingezahlt wird, wird sich nur mit 4 Prozent verzinsen, nicht, wie in den bestehenden Versicherungen, mit 20, 25 und 33 1/2 Prozent und mehr. Die Aktien der Volksfürsorge werden nicht an der Börse gehandelt werden und dadurch nicht in die Hände der Kapitalisten kommen können. Die Verwaltung der Volksfürsorge liegt in den Händen der dazu bestimmten Vertreter aus der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine. Sie ist ganz demokratisch zusammengesetzt und untersteht der Kontrolle und der Kritik der gesamten organisierten Arbeiterkassette. Alle diese Tatsachen geben die Gewähr, daß die Volksfürsorge nur im Interesse, nur zum Nutzen der Versicherten arbeiten wird.

Eine gute Quelle des Profits in den kapitalistischen Unternehmen ist der Verfall von Versicherungen. Allein im Jahre 1911 sind bei den Gesellschaften „Victoria“, „Friedrich Wilhelm“, „Jduna“, „Wilhelma“, „Deutschland“, „Arminia“, „Hamburg-Mannheim“, „Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein“, „Irronia“ und bei den Lebensversicherungsanstalten über 300 000 Versicherungen ohne jede Vergütung verfallen. Man bedenke, 300 000 arme Leute waren im Jahre 1911 infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit in der Familie nicht insstande, ihre Prämien weiterzahlen zu können, ihre Versicherung verfiel; sie büßten dadurch nicht nur ihre Eintrittsgelder, sondern auch ihre eingezahlten Prämien ein. Die Volksfürsorge wird es als Ehrenfache betrachten, Bestimmungen zu treffen, nach denen bei ihr der Verfall von Versicherungen ohne Vergütung in der Regel nicht möglich ist; sie wird sich nicht an dem Gelde der Vermissten der Armen bereichern.

Die Organisation der Volksfürsorge wird beweisen, daß diejenigen, die ihre Gründung beschlossen haben, die Gewerkschaften und Genossenschaften, in freiwilliger freudiger Mitarbeit, ohne dafür hohe Entschädigungen zu erhalten, Besseres zu leisten imstande sind, als die kapitalistischen Gesellschaften mit ihrem Generalkonstab von hochbezahlten Direktoren und Aufsichtsräten und ihrem Heer von schlechtbezahlten Angestellten und Agenten.

Die organisierte Arbeiterkassette hat nunmehr eine große Aufwärtsgangarbeit im deutschen Volke zu verrichten. Bald werden nun die Prospekt und Flugblätter der Volksfürsorge mit den Schilderungen der Versicherungsbedingungen, mit den Versicherungsbedingungen und Bestimmungen versehen. Damit erhalten die Arbeiter die schon so lange ersehnten Agitationsmittel, und die Aufklärungsarbeit wird dadurch erheblich erleichtert und wirksam unterstützt. Alle freien Gewerkschaften und die Angehörigen der Konsumvereine müssen nach besten Kräften bemüht sein, alle jene, die irgend eine Versicherung für sich wie für ihre Frauen und Kinder abzuschließen beabsichtigen, auf die Volksfürsorge aufmerksam zu machen als auf ein neues und ausserordentliches Werkzeug der organisierten deutschen Arbeiterkassette zur Befreiung von wirtschaftlicher Bedrückung und Abhängigkeit.

Aus den Berggewerbegerichten.

Erfolg des Bergarbeiterverbandes am Berggewerbegericht.

Am 20. Februar hatte die Rechtsverwaltung der Zeche Nordstern (Wurmgebiet) nicht weniger wie 80 Bergarbeitern die Einfahrt verweigert mit der Begründung, dieselben seien zur festgesetzten Zeit nicht am Schicht gewesen. Schon der Kameraden nahmen den Rechtschutz des Bergarbeiterverbandes in Anspruch. Für diese wurde die Lage am Berggewerbegericht eingereicht. Die Rechtsverwaltung ließ mehrere Zeugen aufmarschieren, durch die bewiesen werden sollte, daß die betreffenden Arbeiter an dem fraglichen Tage sich erst am Schicht eingekündigt hätten, nachdem die Zeit der Einfahrt verstrichen war. Diese Zeugen widersprachen sich aber derartig, daß deren Aussagen der Rechtsverwaltung wohl keine allzu große Freude bereitet haben. Der eine gab an, es sei 7 1/2 Uhr, der andere, es sei 7 1/3 Uhr gewesen, als die Arbeiter nach Hause geschickt wurden. Der Vertreter der Klage hielt der Verwaltung vor, wie es denn komme, daß die Arbeiter alle ihre Lampen und Marken erhalten hätten, wenn die Zeit zur Einfahrt verstrichen gewesen wäre? Das Gericht mußte die Berechtigung der Klage anerkennen. Die Klage von zwei Kameraden, die am 19. Februar nach Hause geschickt worden waren, wurde verworfen. Ebenfalls wurde die Klage eines Kameraden, dem am 20. Februar die Einfahrt verweigert worden war, nicht anerkannt, weil die Verweigerung aus anderen Gründen erfolgt war. Von neun Kameraden wurde die Klage anerkannt und die Rechtsverwaltung verurteilt, an diese je eine Schicht im Gesamtbetrag von 55,18 Mk. zu zahlen. Auch etwa 70 Kameraden, die sich der Klage nicht anschließen konnten, wurde zu rufen, das Verlangen nachzugeben. Das Rechtsgebäude des Bergarbeiterverbandes wird ihnen hierbei gern beistehen sein.

Am 20. Februar wurde den 80 Arbeitern unbeschädigt die Einfahrt verweigert. Der ultramontane „Nagener Volksfreund“ brachte am 22. Februar einen Bericht von der Bezirksleitung des Streikbrüdergewerkschaftsvereins, in welchem die Sache so hingestellt wurde, als trüge der Arbeiterauschuss die Schuld, daß den Arbeitern die Einfahrt verweigert worden sei. Es muß festgesetzt werden, daß der Arbeiterauschuss am selben Tage, an dem den Arbeitern die Einfahrt verweigert wurde, bei der Verwaltung den Antrag stellte, denselben die Schicht zu begehren. Der Betriebsführer erklärte jedoch, die Verwaltung befände sich im Rechte, wenn die Arbeiter glaubten, Ansprüche machen zu können, so stehe ihnen der Klageweg offen. Vom Berggewerbegericht mußte sich die Verwaltung dann eines anderen belehren lassen. Unter den Kameraden, denen die Einfahrt verweigert wurde, befanden sich auch eine Anzahl Mitglieder des Streikbrüdergewerkschaftsvereins. Anstatt für diese die Klage zu erheben, suchte die „christliche“ Bezirksleitung in der Zentrumspresse die Rechtsverwaltung in Schutz zu nehmen und die Arbeiter verantwortlich zu machen. Was veranlaßte sie zu diesem arbeiterschädigenden Verhalten? Zunächst ist es der blinde fanatische Gaf, weil im Arbeiterauschuss der Zeche Nordstern Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sitzen, dann kommt aber auch in Frage, daß der Vertreter der Zeche Nordstern, S., mit an der Spitze der Zentrumsparthei in der Zeche steht. Und würde es nicht wundern, wenn wir später trotzdem in einem Gewerkschaftsbericht lesen, daß die Bezirksleitung des Gewerkschaftsvereins den Arbeitern der Zeche Nordstern in der angeführten Angelegenheit zu ihrem Rechte verholfen hätte. Dasselbe machte die Gewerkschaftsleitung zur Zeit, als der Bergarbeiterverband gegen die Zentrumsparthei gerichtliche vorging, weil dieselbe sich weigerte, den Unfallkranken 28 Wochen Krankengeld zu zahlen. Als der Prozeß bereits entschieden war, kam auch die Gewerkschaftsleitung nachgehnt und verurteilte den Erfolg, den der Verband erfochten, als „Gewerkschaftsverleumdung“ an!

Zur Reform der Berginspektion.
Unternehmerwillkür gegen die Sicherheitsmänner.

Unter den Sachen, auf denen die gemäßigten Vertreter der Bergerschaft konsentiert werden, hat seit langer Zeit die Zeche Adolph von Hausmann in Wengede bei Dortmund den ersten Platz eingenommen. Nach der Devise „Wer nicht pariert, der scheidet“, werden alle Bergleute, die Mißstände aufdecken, oder die nicht nach der Pfeife der Verwaltung tanzen, aus der Arbeit weggeschickt. Nicht nur mit Schimpfwörtern werden die Arbeiter traktiert, sondern Taktlichkeiten werden gegen sie verübt. In zahlreichen Beschwerden an die Bergbehörde haben die Arbeiter ihre Klagen über diese Behandlung und über die bestehenden Mißstände vorgetragen. Immer vergebens!

Mancher Sicherheitsmann, der es mit seiner Aufgabe als Arbeitervertreter ernst meinte und deshalb bei der Verwaltung nicht gut angesehen wurde, sagte diesem Musterbetrieb ab. Doch einen kartenmäßigen Besmann hatte der Betriebsführer Nieder-Gisch, Holz in der Person des Sicherheitsmannes und Arbeiterauschussmitgliedes Teichmann angeordnet. Teichmann, der treu und gewissenhaft seine Pflichten erfüllte, wie es sein Amt erfordert, fiel bald nach seiner Wahl bei der Verwaltung in Ungnade. Alle Schikanierungen und selbst Lohnkürzungen waren nicht geeignet, diesen „Geher“ zu bessern, deshalb versuchte die Verwaltung ihn ganz los zu werden. In einer Ausschüttung sagte der Betriebsführer Nieder-Gisch zu Teichmann: „Sie haben mir die Spitze geboten und das lasse ich mir nicht gefallen!“ Kurz darauf erhielt Teichmann durch seine Mitbewerber die Mitteilung, daß sein Lohn vom 1. Oktober 1912 ab nur noch 3 Mark (drei Mark) pro Schicht betragen würde. Als Teichmann trotzdem nicht freiwillig die Arbeit aufgab, sondern weiter seine übernommenen Pflichten als Sicherheitsmann zum Nutzen der Verwaltung gewissenhaft erfüllte, wurde er am 14. Oktober ohne Angabe irgend eines schuldigen Grundes einfach entlassen.

Mit dieser ungerechten Entlassung, die den Bestimmungen im Allgemeinen Berggesetz widerspricht, war Teichmann nicht zufrieden. Er strengte gegen die Rechtsverwaltung Klage beim Berggewerbegericht an und verlangte neben seiner WiederEinstellung als Sicherheitsmann den ihm entstandenen Schaden von der Zeche ersetzt. Vor der Spruchkammer Dortmund III erließ die Zeche eine glatte Niederlage. Das Urteil lautet: „Teichmann muß auf Adolf von Hausmann wieder eingestellt und beschäftigt werden. Außerdem hat ihm die Gewerkschaft 72 Mark Schadenersatz zu zahlen.“ Man muß bedenken, daß dieses Urteil von einem Berggewerbegericht gefällt wurde! Das will schon was heißen.

Dieser Fall ist ein krasses Beispiel dafür, wie die Grubenherren und ihre Handlanger Recht und Gerechtigkeit ähnen. Wie lange wird die Bergbehörde, die über das skandalöse Vorgehen vieler Grubenverwaltungen gegen die Sicherheitsmänner unterrichtet sein muß, noch zusehen, wie die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter eingesetzten Kontrolloren an der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes gehindert und wie die Gesetze mit Füßen getreten werden?

Unfallhäufigkeit im Wurmbergbau.

Auf der Zeche Maria bei Mariadorf fiel ein 20 Jahre alter Arbeiter einen Bremsenschacht hinunter. Er wurde von den Kameraden als Leiche aufgefunden.

Auf der Zeche Nordstern geriet ein 24 Jahre alter Bergmann unter Steinmassen und konnte nur als Leiche geborgen werden. Die Zahl der Unfälle ist im Wurmbergbau sehr stark gestiegen; sie betrug:

	insgesamt	davon tödlich
1907	673	16
1908	1155	9
1909	1619	13
1910	1940	20
1911	1935	24
1912	2122	28

Diese Zahlen geben Zeugnis von den Gefahren, denen der Bergmann ausgesetzt ist. Es ist nur zu bedauern, daß die Bergarbeiter sich diesen Gefahren für einen verhältnismäßig schlechten Lohn aussetzen müssen. Mit der traurigen Lage der Bergarbeiter treiben die Inbusch und Genossen im Wurmgebiet gegenwärtig trotzdem ihr Komödientenspiel. Jedemfalls wollen sie im Wurmgebiet erreichen, was sie im Schmeiser Revier vollbracht haben, nämlich den Bergarbeitern den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken verwehren. Dies nennen sie positive christlich-nationale Gewerkschaftsarbeit.

Die Gefahren im Bergbau!

Der Vorsitzende des Steigerverbandes, G. Werner, Offen, schreibt und:

Von Zeit zu Zeit erscheinen in der bürgerlichen Presse Artikel, die sich mit den Gefahren des Bergbaues beschäftigen und in denen besonders scharf betont wird, daß die Schuld an den Unfällen sehr oft der mangelnden Fortschritt der Bergarbeiter zuzuschreiben sei. So schreibt z. B. Professor Berger Tübchen in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 11. Mai d. J.: „Das stets bergausliche Gefahren als solche und daneben mangelnde Fortschritt bei der Berufsarbeit die Hauptursache aller Unglücksfälle bilden.“ In der auch von Arbeitern viel gelesten Zeitschrift „Natur“ vom 1. Januar 1912 schreibt ein Bergarbeiter G. Heber einen Artikel, in dem er u. a. sagt: „Eine große Anzahl kleinerer Unfälle, wofür man im Bergbauvertriebe befragt, sind auf die Unachtsamkeit der Arbeiter, unrichtiges Handeln mit Maschinen und Apparaten oder auf Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften zurückzuführen.“ Und die gleiche Melodie erklingt in vielen Variationen in allen jenen Blättern, die sich von Männern, die der Unternehmenseite nahesteht, bedienen lassen. Man hat kein Leben dieser Artigen, denen man so oft begegnet, das Gefühl, als ob die Bergarbeiter besonders unachtsam seien und leichtfertig mit ihrem Leben spielten. Und dieser Gedanke wird auch von den Grubenherren unterstützt und in die Öffentlichkeit gebracht, denn dadurch entsteht in weiteren Kreisen das Gefühl, als ob die Grubenherren keine allzu große Schuld an den Unfällen triffe. Gleichzeitig wird ein gewisses Verurteil gegen die Arbeiter hervorgerufen, als ob sie meistens die Verursacher von Unfällen seien. Die Ausführungen der Unternehmer erzielen diese Wirkung, weil sie keine Rücksicht auf die Arbeiterverhältnisse nehmen. Sie gehen von normalen Verhältnissen aus, die im

Muhrevier nicht mehr zu finden sind. Und auf dieser falschen Grundlage beruht das in der Öffentlichkeit erweckte falsche Urteil, dem man heute in vielen Kreisen begegnet. Es ist tatsächlich der Fall, daß eine gewisse Zahl von Unfällen sich ohne weiteres vermeiden ließe, wenn die Arbeiter richtig bergmännisch handelten. Aber hier ist ja eben der Arbeiter zu finden. Es ist bei der heutigen rapiden Entwicklung des Bergbaues nicht mehr möglich, die in der Grube einwirkenden Arbeiter ordentlich anzulernen. Die Rollen loslassen, mit der Schaufel in die Wagen laden und sie zu den Hauptförderstrecken zu bringen, ist eine Arbeit, die innerhalb weniger Wochen erlernt werden kann. Für den Unternehmer ist dann der Bergmann fertig. Er schafft seine Leistung und das ist für ihn die Hauptsache. Aber die Kunst des Bergmanns besteht doch nicht allein im Schaffen von Leistungen, sondern ebenso wichtig ist es, die Gefahren der Tiefe zu erkennen und vor allen Dingen ihnen zu begegnen. Der Druck des Gebirges ist in den verschiedenen Stufen ganz verschieden. Hier den richtigen Ausbau zur rechten Zeit an die richtige Stelle zu setzen, will gelernt sein. Hier nutzen weder der gute Wille noch die körperliche Kraft. Hier ist langjährige Erfahrung bitter notwendig. Und das vorstehende Gesagte trifft entsprechend barriere auf die verschiedenen Arbeiten und die verschiedenen Arbeitsmomente zu. Die Gefahren, die infolge gefährlicher Gase drohen, die Unglücke, die beim Umgehen mit Maschinen in Bremsbergen, Schächten, bei Selbsthauen, bei der Schieferheit usw. entstehen können, lassen sich sehr oft verhüten. Aber der Arbeiter muß wissen, wie es gemacht wird. In der Grube gibt es bei den verschiedenen Verhältnissen keine Schablone, nach der der Arbeiter arbeiten muß. Was in einem Augenblick richtig ist, kann wenige Minuten später das Verkehrte sein.

In früheren Jahren wurde im Muhrevier, und in anderen Bezirken ist es noch heute der Fall, von einem Hauer eine acht bis zehnjährige Lehrzeit als Schlepper und Lehrhauer verlangt, ehe er selbständig und allein arbeiten durfte. Daß solche Leute, die ihr Handwerk kannten, viel weniger von Unfällen heimgegriffen wurden, ist ohne weiteres klar. Heute ist es hier im niederrheinischen Steinschleppereibergbau ganz anders geworden. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Bergarbeiter von circa 240 000 im Jahre 1902 auf circa 380 000 im Jahre 1912 gestiegen. Außer dieser Zunahme von 140 000 Mann sind aber weitere 140 000 Mann hinzugekommen, die die circa 24 000 Beschorenen, die 88 000 Anwalde gewordenen ersetzen, während der andere Teil, und zwar 78 000 Mann, dem Bergbau wieder den Rücken zuwenden und einen anderen Broterwerb suchen.

Es haben also in den letzten zehn Jahren 280 000 Mann im Muhrevier die Arbeit aufgenommen und diese 280 000 Mann fanden circa 60 000 Mann vor, die man als gut ausgebildet ansprechen konnte. Wie konnte da eine gewissenhafte Ausbildung der Arbeiter erfolgen? Es wäre jedoch immerhin noch möglich gewesen, die Ausbildung der Arbeiter viel gewissenhafter vorzunehmen, als es geschehen ist, wenn nicht die Arbeitsverhältnisse auf einer großen Zahl von Stellen sich immer mehr verschlechtert hätten, so daß der Wechsel der Arbeitsstellen ganz unheimliche Dimensionen annahm. Ein normaler Wechsel bei 100 Mann für die Verhältnisse im Muhrevier in Betracht gezogen, wird pro Jahr ca. 20 bis 30 Prozent der Belegschaft betragen, d. h. von 100 Mann würden 20 Mann abkehren. So kehrten z. B. im Jahre 1901 auf der Zeche Alma bei Gelsenkirchen, die in früheren Jahren, wie überhaupt die meisten Schächte der westfälischen Bergwerke, Mitgliedschaft, gute Arbeitsverhältnisse hatte, nur 20 Prozent ab. Bemerkenswert ist noch, daß die Gelsenkirchener Bergwerks-Mitgliedschaft in den Jahren 1907/08 auf ihren Gelsenkirchener Schächten und jetzt auch auf ihren anderen Anlagen das rücksichtslose Triebstümmen eingeführt hat und daß der Arbeiterwechsel auf ihren Schächten ganz erheblich angeht. So ist er z. B. auf Zeche Alma schon bis 55 Prozent gestiegen. Der Wechsel ist auf sehr vielen Anlagen noch bedeutend größer und beträgt manchmal 150 bis 200 Prozent. Das ist die Ausbildung der Arbeiter unter solchen Verhältnissen zu selber hat, verzieht sich von selbst.

Aber von diesem ungeheuren Zustrom an Arbeitskräften, von dieser rücksichtslosen Jagd nach Köpfen wird in Artikeln über die Gefahren im Bergbau seitens der Unternehmer nichts gesagt. Die Arbeiter werden in der Öffentlichkeit so hingestellt, als wenn es allgemeine Bergleute wären. Man spricht von ihrer Schuld an den Unglücken, Verantwortlichkeit spielt eine Rolle und wie die Unfälle sonst lauten. Und das muß einmal klarstellt werden. Jeder Arbeiter will seine Glieder vor Schaden wahren. Wenn es aber nicht geschieht, wenn wirklich ein Unfall sich ereignet, der bei der Beachtung der regelrechten Vorichtsmaßnahmen verhütet werden wäre, so ist es bei unserer heutigen Verhältnissen im Bergbau in sehr vielen Fällen eine Unvermeidlichkeit, die um so häufiger vorkommt, weil es absichtlich geschieht, wenn gesagt wird, der Arbeiter habe absichtlich die Gefahr heraufbeschworen oder er sei nachlässig gewesen. In Wirklichkeit fehlt ihm die nötige Ausbildung. Es ist Unerschwinglich, die die Schuld an dem Unglück trägt.

Vertraut man diese Verhältnisse rein sachlich, so ist zu sagen, eine bestimmte Zahl von Unglücken sind den Arbeitern zuzuschreiben. Das wird vollkommen, solange es Menschen gibt. Und das unter heutigen Verhältnissen besonders nachlässig sind, ist durch nichts zu vermeiden. Ebenso tragen sie so wenig wie die Unternehmer die Schuld daran, daß die Zahl der dem Bergbau zuströmenden Arbeiter so außerordentlich groß ist, daß die Ausbildung zurückbleibt. Bis hierher haben sich Arbeiter und Unternehmer nicht vorzureden. Aber der weile über das Normalmaß hinausgehende Arbeiterwechsel ist durch die Treiberei der Grubenherren hervorgerufen. Dieser große Arbeiterwechsel behindert die Ausbildung der Arbeiter und beeinträchtigt den Gefahrschutz. Die Grubenherren tragen daher einen großen Teil der Schuld, die sie, wie ja bereits ausgeführt, vor der Öffentlichkeit den Arbeitern in die Schuhe schieben.

Über ihre sonstigen Tünden ein andermal mehr!

Nachrichten aus der Montanindustrie.
Der Schmeiser Bergwerksverein

erzielte im 3. Vierteljahr des Geschäftsjahres 1912/13 nach Abzug aller Verwaltungskosten, Zinsen usw. einen Betriebsgewinn von 2 235 697 Mark gegen 2 074 206 Mk. im 2. Vierteljahr 1912/13 und 1 551 185 Mark im 3. Vierteljahr 1911/12. Der Gesamtbetriebsgewinn seit 1. Juli 1912 stellt sich nunmehr auf 6 291 200 Mk. gegen 4 807 478 Mk. in der gleichen Periode des Vorjahres.

In den einzelnen Vierteljahren betrug der Betriebsgewinn:

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/14
1. Vierteljahr	1 025 616	1 532 221	1 740 720	1 981 295
2. "	1 150 837	1 581 581	1 612 573	2 074 205
3. "	1 269 664	1 502 307	1 554 185	2 235 697
4. "	2 098 284	1 818 740	2 285 706	—
	6 146 581	6 454 690	7 143 174	—

Der Betriebsgewinn ist demnach gestiegen von 4 048 677 Mk. in den ersten drei Vierteljahren 1909/10 auf 6 291 200 Mk. in den ersten drei Vierteljahren 1912/13 oder um 2 242 583 Mk. gleich 55,4 Prozent. Trotz dieser glänzenden Gewinnsteigerung sind die Löhne nicht entsprechend der Teuerung der Lebenshaltung gestiegen. Es betrug der Durchschnittslohn im Wurmgebiet:

	Gesamtbetriebslohn	Hauer und Lehrhauer
im 4. Vierteljahr 1907	3,09 Mk.	5,86 Mk.
im 4. Vierteljahr 1912	3,02 Mk.	5,72 Mk.

Es ist demnach gestiegen der Durchschnittslohn der Gesamtbetriebslohn um 33 Pf. gleich 7 Prozent, der Hauer und Lehrhauer um 36 Pf. gleich 6,7 Prozent pro Schicht. Die Lebenshaltung hat sich in der gleichen Zeit um mindestens 20 Prozent verteuert; die Löhne müßten demnach noch mindestens 14 Prozent steigen, wenn die Arbeiter nur das Niveau der Lebenshaltung von 1907 wieder erreichen sollen; sie müßten jetzt betragen für die Gesamtbetriebslohn 3,65 statt 3,02 Mk., für Hauer und Lehrhauer 6,45 statt 5,72 Mk.

Die Arbeiter haben aber auch einen Anspruch, an den höheren Gewinnergebnissen teilzunehmen, welche gegen die ersten drei Vierteljahre 1909/10 um 55,4 Prozent gestiegen sind. Wären die Löhne in gleichem Maße gestiegen, müßten sie jetzt betragen für die Gesamtbetriebslohn etwa 7 Mark, für Hauer und Lehrhauer etwa 8 Mark im Durchschnitt pro Schicht.

Das Wurmgebiet ist eine Hochburg des Streikbrüdergewerkschaftsvereins. Was gebietet jetzt zu tun, um einen gerechten Lohnausgleich herbeizuführen? Mit der eingeleiteten Lohnbewegungsmobilität kann kein internationaler, vaterländischer Grubenkapital nicht imponiert werden, sondern nur durch Taten? Wo bleiben die Taten? Laßt endlich Taten sehen ihr Inbusch und Genossen, dann wird unter Geband dabei sein und Solidarität üben.

*) Die Redaktion der „Natur“ hat um abstrakt zu sein, einen Artikel von dem Vorsitzenden des Steigerverbandes über das gleiche Thema im Februar d. J. gebracht.

bilden oft das Thema der Sonntagspredigten, besonders natürlich am „Arbeiter Sonntag“, der auf Betreiben des Gewerkschaftsbundes immer mehr eingeführt wird. In diesem Sinne sollen in allen Kirchen des Landes ausschließlich Arbeiterpredigten gehalten werden. In vielen Fällen wird jedoch die Mangel besamter Gewerkschaftler zur Verfügung gestellt. Vor einiger Zeit nun trat Stelle, der zahlreiche Korrespondenzartikel besonders für die Arbeiterpresse schreibt, immer ein, daß die Staats- und Ortsvereine der Gewerkschaften den kirchlichen Körperschaften eine Vertretung in ihrer Mitte einräumen sollen, damit ein besseres gegenseitiges Verständnis erzielt werde. Diesem Plane stimmten verschiedene kirchliche Kongresse sofort zu und auch die Leitung des Gewerkschaftsbundes empfahl seine Durchführung. Es wird behauptet, daß die Gewerkschaftskarte in fast 100 Städten einem Vertreter der örtlichen Vereinigung der Gewerkschaften einen Sitz in der Delegiertenversammlung einräumten, der volle Medefreiheit, aber kein Stimmrecht besitzt. Sozialistische Gewerkschaftsdelegierte wie auch manche andere widersprechen sich diesem System, so daß es in einer Reihe von Kartellen schon zu ernstlichen Zwistigkeiten gekommen ist.

Volksabstimmung über Arbeiterfragen in Oregon.

Im Staate Oregon, im nordwestlichen Teile der Vereinigten Staaten, fand kürzlich eine Volksabstimmung über eine große Anzahl von Fragen statt, von denen einige auch anderwärts besonders Interesse erregen dürften. Ein Gesetz, das die Maximalarbeitszeit für alle direkt oder indirekt auf öffentliche Kosten verrichtete Arbeit auf acht Stunden pro Tag festsetzt, wurde mit 64 508 gegen 48 078 Stimmen angenommen. Ein Gesetz, monoch Vorkauf, Streikpotenzen und Beeinflussung Arbeitswilliger verboten werden sollten, fiel mit 40 826 gegen 60 500 Stimmen. Ebenso fiel mit 48 978 gegen 62 532 Stimmen ein Entwurf, der die Medefreiheit im Freien in allen Orten von mehr wie 5000 Einwohner von der schriftlichen Erlaubnis der Bürgermeister abhängig machen wollte. Alle drei Gesetzesentwürfe waren durch das Initiativverfahren zur Volksabstimmung gebracht worden.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Arbeit. Alles andere nur kein Müterbetrieb in den Gruben. Die Arbeiter stehen direkt im Querschlag oder in den Förderstrecken am Stroh, ja sogar direkt vor der Arbeit. Dabei sind dieselben in einem sehr unsauberen Zustande. Hier könnte doch durch Säuberung, was auf anderen Gruben, Hilfe geschaffen werden. Des weiteren möchten wir die Bergbehörde auf den Polzwanen im Revier 8, Steiger Koch, aufmerksam machen. Ist es doch schon vorgekommen, daß in einem Aufsenbetriebe, wo 18 bis 15 Mann arbeiten, drei Tage lang kein Holz geschickt worden ist. Im Revier 8 gibt es noch mehr Arbeitspunkte, wo Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet sind. Steiger Koch aber möchte nicht zu hart spannen. Die Aufsicht läßt auch viel zu wünschen übrig. Auf die ersten Sätze geht niemand gern, weil sie zu lange im Schacht hängen; kommen jedoch die anderen dran, gibt es einen Ansturm, das man in Gefahr kommt, ebedrückend ist dem Sumpfen zu werden. Beamte zur Aufsicht sind hier nicht immer anwesend, und sind sie da, dann kommt es ihnen manchmal noch lächerlich vor; warum geht es wie am Schnürchen, wenn der Betriebsführer einmal unten steht? Wir möchten die Verwaltung ersuchen, diese Zustände zu beseitigen.

Sehe Nordstern. Berichtigung. Es ist unklar, daß auf Seite Nordstern der Belegschaftswechsel jetzt größer ist, als unter der früheren Betriebsleitung. Es ist ebenso unklar, daß keine Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Ueber- und Nebenarbeiten werden nach Bedarf eingelegt, doch bleiben die Reparaturarbeiten keineswegs zurück. Die am 25. März erfolgten Bestrafungen waren durchaus berechtigt. Die in dem Artikel erwähnten Leute sind deshalb mit 8 Mk. bestraft worden, weil sie Steine geladen hatten, die mit der Schaufel vom Leseband geworfen werden mußten. Hönitz, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Abteilung Bergwerksverwaltung, Overtun, Dietmann.

Sehe Stader Drahtbau. Berichtigung. Zu Nr. 18 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. Mai, Seite 6, heißt es, daß am 1. April auf der Zeche eingetretene Betriebsführer Dippe habe sofort die Lohnverhältnisse zum Nachteil der Arbeiter geändert. Infolge der Einführung des Gebüdes hätten die Sauer nur einen Schichtlohn von 5,70, 5,50 und 5,40 Mk. verdient, anstatt wie bisher 6 Mk. Diese Angaben sind unrichtig. Die Verrechnung im Gebüde ist bereits am 1. März von dem früheren Betriebsführer eingeführt. Die Leute haben darauf in den ersten Tagen etwa 6,50 Mk. je Schicht verdient, in der zweiten Hälfte des Monats stellte sich der Schichtlohn infolge geringerer Leistung auf 5,75 und 5,40 Mk. doch wurde der Lohn von der Zecheverwaltung ohne irgend welche Verpflichtung auf 5,55 bzw. 5,80 Mk. aufgebessert. Von einer unheimlichen Höhe, die mit den bergpolizeilichen Bestimmungen nicht im Einklang stünde, kann keine Rede sein. Die Temperatur schwankt vor den Betriebspunkten zwischen 20 bis 22 Grad Celsius. Gewerkschaft der Stader Drahtbau, Dippe, Betriebsführer.

Sehe Kruppe. Eine funderbare Berichtigung sandte uns die Verwaltung dieser Zeche. In Nr. 11 vom 15. März brachten wir eine Notiz, worin einige Mißstände kritisiert wurden. Hierauf folgte in Nr. 17 vom 26. April eine Berichtigung der Grubenverwaltung, von Herberholz unterzeichnet. Nach genauer Erkundigung ist der Unterzeichnete Rechnungsführer der Zeche, kein Arbeiter wie sich zu entscheiden, diesen Herrn jemals in der Grube gesehen zu haben. Darum teilt er jedenfalls auch nicht, daß vom 15. März bis zum 26. April manches gefordert und gemacht worden ist. Die Strecken sind trocken gemacht, auch ist eine neue Uhr, sogar mit zwei Zifferblätter, angeschafft worden. Nur möchten wir noch wünschen, daß die Bedingungen mehr eingestellt und die Seilschneidzeit besser eingehalten werden. Ueber die Wurmweisse wollen wir nichts weiter sagen, weil die Leute schon längst wieder auf und davon sind. Wir übrigen freuen wir uns, daß unsere Kritik doch etwas geholfen hat. Man möge uns aber mit solchen Berichtigungen nach Abstellung der Mängel zukünftig verschonen.

Hannover, Braunschweig, Sellen-Lippe.

Kaligewerkschaft Fürstenthal. Auf diesem Werke herrschen noch Zustände, die gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstoßen. Es fahren nämlich die Steiger auf vollen Förderbühnen zu Tage. Die Beamten sollen doch den Leuten mit gutem Beispiel vorangehen, sie zeigen aber dadurch, wie die Vorschriften beachtet werden. Nämlich wenn der Steiger König mit dem Gefäßhübel in die Grube fährt, dann fährt ihm der Maschinist nicht schnell genug; wenn er zu langsam fährt, dann fragt ihn der Steiger, ob er Eier im Hübel hätte. Wenn Ausmaurer werden Ueberstiegen über Tage verfahren. Wer sich dessen weigert, wird schief angesehen. Zum Beispiel sagt der Steiger König: „Ihr habt gar kein Geld nötig, ihr verdient zu viel!“ Der Steiger Lampe fragte einen Kameraden, warum er nicht dableiben wolle. Dieser antwortete, er habe kein Brot mehr. Daraufhin sagte der Steiger: „Wir sind doch keine Bauern, daß wir Brot zu einer Uebersticht haben müssen!“ Er meinte, Bergleute müßten 24 Stunden ohne Essen arbeiten können. Auch die Antreiberei ist hier sehr vertrocknet. Jeder Steiger und Drittelführer will die größte Leistung haben, so daß dadurch die Sicherheit der Leute nicht beachtet wird. Der Schacht ist noch im Abteufen. Wenn nun geschossen wird, dann vernt der Drittelführer schon, wieviel Hübel er fördern kann. In ein ordentliches Befahren des Schachtes wird nicht gedacht. Am 26. April fiel ein Stück herunter und zertümmerte einem Kameraden die Schädeldecke. Der Betroffene liegt noch schwer krank darnieder. Es war nicht das Glück dabei, daß Stücke heruntergefallen sind, wie aber immer noch Glück dabei. Denn läßt die Wasserfauc nach viel zu wünschen übrig. Der Wasserbehälter ist viel zu klein; wenn die letzten herauskommen und sich baden wollen, ist schon kein Wasser mehr da, sie müssen darum so lange warten, bis das Wasser wieder läuft. Wo nur 18 Mann im Drüffel sind, muß doch so viel Wasser vorhanden sein, daß sich jeder ordentlich baden kann. Dann soll während der Personenzahl nicht gefördert werden. Hier wird nur mit einer Maschine Seilschaft gemacht, dagegen aber mit der anderen immer noch Salz gefördert. Dadurch wird den Kameraden die Schichtzeit immer um 15 bis 30 Minuten verlängert. Es ist Sache der Oberbergverwaltung, mal nach den Rechten zu sehen. Wenn aber der Bergmeisterbeamte über der Einfahrer kommt, dann ist es schon vorher bekannt, ja daß diese Mißstände früh genug beseitigt werden können.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Neue in Schöneberg-Neußlin gewählt.

Bei den Landtagswahlen am 16. Mai wurde unser Kamerad Hue in Schöneberg-Neußlin in den Landtag gewählt. Es wurden nach der „Germania“ gewählt: 823 sozialdemokratische Wahlmänner, 302 Wahlmänner für die Kandidatur des fortschrittlichen Grafen Mawhla, 148 Wahlmänner für die liberale Sonderkandidatur des Stadtrats Bier und 42 konservative Wahlmänner. Die Gegner erhielten danach zusammen nur 592 Wahlmänner; 94 Stichwahlen mußten stattfinden. Selbst wenn diese sämtlich zugunsten der Gegner ausfielen, hätte unser Kamerad Hue noch einen Vorsprung von 147 Wahlmännern, seine Wahl ist also absolut gesichert. Nach den blöder bekannt gewordenen Resultaten wurden gewählt: 130 Deutschkonservative, 48 Freikonservative, 50 Nationalliberale, 25 Volksparteiler, 100 Zentrum, 10 Polen, 2 Dänen, 7 Sozialdemokraten.

Das alte Abgeordnetenhaus setzte sich zusammen aus 155 Konservativen, 60 Freikonservativen, 84 Nationalliberalen, 37 Volksparteilern, 103 Zentrum, 14 Polen, 2 Dänen, 6 Sozialdemokraten, 2 bei keiner Partei, zusammen 443.

Der Parteien Verlust und Gewinn stellt sich nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten wie folgt: Die Konservativen verlieren 11 und gewinnen 7, die Freikonservativen 6 bzw. 2, die Nationalliberalen 3 bzw. 10, die Volksparteiler 5 bzw. 4, das Zentrum 4 bzw. 2, die Sozialdemokraten gewinnen 1.

Es sind danach sieben Sozialdemokraten gewählt, elf stehen in der Stichwahl. Die Zusammenziehung des Landtages erleidet keine wesentliche Verschiebung. Das ist auch bei dem jetzigen Wahlrecht nicht möglich. Solange dieses besteht, werden die Kraut- und Schlachtfunker herrschen.

Die Bergarbeiter werden besonders die Wahl unseres Kameraden Hue begrüssen, der einer ihrer besten Vorkämpfer und Wortführer ist. Bekanntlich untersteht die Berggesetzgebung nicht dem Reichstag, sondern den Einzelanträgen. Innerer Forderung nach einem Reichsberggesetz wird voraussichtlich noch nicht so bald entsprochen werden, und darum ist es gut, daß die Bergarbeiter nun endlich einen ihrer besten Vorkämpfer im preussischen Landtag haben. Zwar wird Hue bei der Zusammenziehung des Landtages nicht bahnbrechend wirken können, aber durch seine große Sachkenntnis ist er in der Lage, die Schäden bloßzulegen und auf Reformen zu drängen. Das ist schon ein großer Gewinn. Die Bergarbeiter sind darum der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Dank verpflichtet, daß sie die Wahl unseres Kameraden Hue ermöglichte.

Ueber unsern Verbandstag in Hannover

Berichtet in seiner Art eines der schlimmsten Scharfmacherorgane, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 19 vom 11. Mai 1913) und kommt zu dem Schluß:

„Gegenüber dem ganzen Gebaren des Bergarbeiterverbandes, gegenüber einer so trostigen Haltung, wie sie auch dieser Kongress wieder gezeigt hat, muß sich dem Unternehmern immer wieder das Bewußtsein aufdrängen, daß es eine Lebensfrage sowohl im Hinblick auf die eigenen Interessen, wie auch auf die ganze nationale Wohlfahrt bedeutet, wenn man jenen Verbänden mit größtmöglicher Kraft und Geschlossenheit einen Riegel vorsetzt.“

Die Tätigkeit unseres Verbandes und die trostige Haltung unseres Verbandstages trotz der Niederlage 1912 werden von der „Arbeitgeber-Zeitung“ danach sehr ernst genommen, sie ist besorgt um „die ganze nationale Wohlfahrt“, d. h. um die Profitinteressen des Grubenkapitals, und ruft zum Kampfe gegen unsere Verbände auf. Wir ganz anders wird demgegenüber der Streikbruchgewerkschaft beurteilt! Anfang März 1911 stellte ein bürgerliches Organ, die „Magdeburgerische Zeitung“, Vergleiche an zwischen den Jahresrechnungen unseres Verbandes und des Gewerkschafts und den von beiden Verbänden ausgetragenen Summen zu Unterstützungszielen und bemerkte dazu:

„Diese Aufstellung zeigt, daß der Gewerkschaft für Kampfszwecke, Streiks und Ausperrungen, im Vergleich zum alten Verband nur geringe Summen aufwenden und fast aufgehört hat, eine Kampforganisation zu sein.“

Nur unser Verband ist danach eine Organisation, die trostig und aufrecht ihren Weg geht, die auch den Kampf wagt, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind, und von den Gegnern ernst genommen und gefürchtet wird.

Sicherheitsmännerwahlen.

Am 17. Mai fanden im Ruhrrevier auf drei Zechen Sicherheitsmännerwahlen statt. Auf Zeche Hagendeb erhielten Stimmen: Revier 1: Verband 23, „Christliche“ 3; Revier 3: Verband 18, „Christliche“ 1; Revier 7: Verband 30, „Christliche“ und Polen 15; Revier 10: Verband 10, „Christliche“ 7. Revier 7 und 10 hatten die „Christen“ vordem im Besitz. Auf Zeche Eintracht I, Revier 3, erhielt der Verband 9, die „Christlichen“ 4 Stimmen. Auf Zeche Karl Funke stimmten 36 Wähler für den Verband; 44 für die „Christen“ und 7 für die Gelben.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Welchen Zweck hat der Streikbruchgewerksverein?

Aus Kameradenkreisen wird uns hierzu geschrieben: Gelegentlich der jetzigen Lohnbewegungsmodie im Wurmrevier fragen sich viele Kameraden: Warum ist der Gewerksverein gegründet und welche Ziele verfolgt derselbe? Die Antwort ist folgende: Der Gewerksverein ist gegründet, um einen Teil in die moderne Arbeiterbewegung zu treiben. Die Ziele, die er verfolgt, sind, daß er die Arbeiter dem Unternehmertum preisgibt. Beweise sind genügend vorhanden. Zuerst war es im Jahre 1905. Schon damals war es die Leitung des Gewerksvereins, die den Streikbruch proklamieren wollte. Sie waren 1906 noch nicht stark genug, sonst hätten sie es damals schon gewagt. Das sagte Effect in einer Belegschaftsversammlung in Alsdorf im März vorigen Jahres. Man denke an Hausham, Zeche Lütas und den Generalstreikbruch im Ruhrrevier. In derselben Versammlung, wo General Effect referierte, führte der Bezirksleiter Harsh aus, daß der Gewerksverein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gegründet sei. Die gute Konjunktur hält gegenwärtig noch etwas an, aber die Löhne sind nicht entsprechend gestiegen. Von der Bekämpfung unseres Verbandes füllten sich die Schülfer der „Christlichen“ Kameraden nicht und so sollte etwas gemacht werden. Zu diesem Zwecke war am Donnerstag eine Konferenz des Gewerksvereins nach Herzogenrath einberufen worden. Trotz des Geheimnisses wußte es aber schon drei Tage vorher fast jeder Bergmann. Am 12. März fand auch eine Belegschaftsversammlung der Grube Anna I statt. Hierzu war der Aufsicht mehrmals von den Arbeitern aufgefordert worden, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft entgegenzunehmen. Ein Mitglied des Verbandes forderte u. a. auch eine Vertüzung der Arbeitszeit, eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung und einen besseren Ausgleich der Löhne. In dieser Versammlung hielt Harsh das Schlüsselwort. Er ergriff Partei für das Unternehmertum, indem er sagte: „Für Vertüzung der Arbeitszeit ist die Belegschaft noch nicht reif genug. Auch eine so hohe Lohnerhöhung kann nicht verlangt werden, man müsse sich Mühe auf das Unternehmen haben.“ Jetzt will Harsh mal aufträumen! Aber er räumt selbst mit dem Gewerksverein auf. Mitglieder des Gewerksvereins haben ihm ein Gebildchen gemacht, in dem es am Schluß heißt: „Der Harsh's Bitt, der Harsh's Bitt, der dem es am Schluß heißt: „Das kann heiter werden. Außerdem erklärt man Harsh öffentlich als Arbeitervertreter, wie es ja bekanntlich ein Mitglied des Gewerksvereins schon getan hat. Dieses wirkt sicher gut auf die Lohnbewegungsmodie ein, bis es auch eines Tages auf den Gewerksverein gut eingewirkt hat.“

Lohnbewegungsmodie im rheinischen Braunkohlenrevier.

Nach haben sich die Kameraden des Braunkohlensreviers von ihrer Vertüzung über die dortige „Christliche“ Lohnbewegungsmodie nicht erholt und schon wird gemeldet, daß die Kameraden im rheinischen Braunkohlensrevier in gleicher Weise genart werden sollen. Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 10. Mai hat in Dilsdorf eine „Christliche“ Konferenz stattgefunden, wo die Herren Katthäuser und Baur eine Resolution annehmen ließen, worin es heißt:

„Die Konferenz ist mit dem Referenten der einstimmigen Ansicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im rheinischen Braunkohlensrevier überaus günstig ist. Sie zuvor waren solche günstige Verhältnisse für unseren Bergbau. Die Förderung, so stark sie ist, reicht nicht aus, um alle Abnehmer zu befriedigen. Der Absatz ist reichend. Alle Brückenschuppen, die jahrelang vollgeproft waren, sind jetzt leer. Die Förderung liegt von 14 057 000 Tonnen im Jahre 1911 auf 17 611 000 Tonnen im Jahre 1912. Die Durchschnittsleistung eines Arbeiters betrug 1911 bei 1825 Arbeitern rund 1650 Tonnen, 1912 aber bei 9773 Arbeitern 1802 Tonnen. Zudem sind die Brückenschuppen seit dem 1. April d. J. um 6 Mk. pro 10 Tonnen im Preise heraufgesetzt worden. Die Ueberschüsse der einzelnen Werke erreichten für das Vorjahr eine nie gekannte Höhe und werden künftiges Jahr noch bedeutend besser werden. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter liegt hier aber nur um 11 Pf., von 3,90 Mk. auf 4,10 Mk. pro Tag. Im Ruhrrevier betrug die Steigerung 14, im Wurmrevier 28 Pf. Die Konferenz betrachtet diese Lohnsteigerung im Hinblick auf die sehr günstige Konjunktur und die große Vertüzung der Lebenshaltung für nicht ausreichend. Ferner ist die Konferenz der einstimmigen Ansicht, daß hier im Interesse der Arbeiter wie auch der Industrie möglichst bald eine Vertüzung der zwölfstündigen Tag- und Nachtschicht eintreten muß. Auf Grund dieser Tatsachen beschließt die Delegiertenkonferenz mit Zustimmung des Zentralvorstandes des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, sofort in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Konferenz hält zu diesem Zwecke es für dringend nötig, daß die große Mehrzahl der hiesigen Arbeiter sich unverzüglich organisiert und dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beitreibt.“

Die rheinischen Braunkohlensarbeiter sollen also dieselben trüben Erfahrungen machen, wie die Saar- und Wurmbergleute. Erst werden Forderungen gestellt, bis es ernst werden soll, dann fällt der „Christliche“ Generalstreik um, rebet von angeblichen Erfolgen und bläst Friedensschmökeln. Darau deutet auch der Schlußsatz der Resolution hin, monach sich alle Arbeiter unverzüglich dem Gewerksverein anschließen müssen, und wenn das geschehen ist, dann geht es wie in Oberhausen, Saar- und Wurmgebiet. Wer sich vor solchen trüben Erfahrungen schützen und seine Lage verbessern will, muß sich unserem Verband anschließen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Vertüzung der Schichtzeit.

Auf der Gewerkschaftsversammlung wurden die Arbeiter, die am Teufen beschäftigt waren, trotz sehr hoher Temperatur acht Stunden arbeiten. Das Anfinnen der Arbeiter an den Betriebsführer ging nun dahin, statt der achtstündigen Schicht die sechsstündige einzuführen. Dieses wurde jedoch vom Betriebsführer abgelehnt. Daraufhin wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen, um zu dem abzulehnen Standpunkt des Betriebsführers Stellung zu nehmen. Die Versammlung wurde durch Handzettel bekannt gegeben und war ein solcher auch in der Mannschafstalaue ausgehängt worden. Am Tage vor der Versammlung kommt nun der Betriebsführer zufällig in die Kasse und erblickt den Versammlungszettel. Im Nu war derselbe abgerissen; fluchend und fauchend über die unzufriedenen Arbeiter verließ er dann wieder die Mannschafstalaue. Ueber schon am Abend desselben Tages wurden die Arbeiter benachrichtigt, zur sechsstündigen Schicht anzufahren. Die Einberufung der Versammlung hat hier also schon fruchtbar gewirkt. Der Betriebsführer hat dann einen Kritikführer benannt, in die Versammlung zu gehen und aufzuspähen, was gesprochen würde und wer sich zum Wort melde. Als Entschädigung erhielt der Kritikführer hierfür aus der Privatkassa des Betriebsführers 2 Mk. Ausgabebetrag. Der vom Kritikführer gegebene Bericht scheint dem Arbeitgeber aus der Urben gefallen zu sein, denn schon am Tage nach der Versammlung wurde unseren Ortsverwaltungsmitgliedern seitens des Betriebsführers gründlich der Kopf gewaschen. So die Berichterstatterung des Kritikführers auch objektiv gewesen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Auslegung des Vereinsgesetzes in Oberschlesien.

Unser Kamerad H. K. aus Borsowina bei Crzysche war wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes in eine Polizeistraf von 9 Mk. über drei Tagen Haft genommen worden. Hiergegen beantragte er richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht in Nikolai verurteilte ihn jedoch am 21. Juli 1912 zu 6 Mk. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens. Begründend wurde u. a. ausgeführt:

„Der Angeklagte gibt nur zu, Kassierer der Ortsgruppe des Vorkamerads sozialdemokratischen Arbeiterverbandes zu sein. Die Mitglieder versammelten sich nach seiner dem Wachtmeister Klapper gegenüber gemachten Angabe stets bei ihm. Zu diesem Zwecke verbandet er, wie er weiter zugibt, Karten an die Mitglieder. Er behauptet, daß bei diesen Gelegenheiten nur die Vereinsbeiträge gezahlt würden.“

Nach vorstehendem Ergebnis der Hauptverhandlung, daß sich auf die Angaben des Angeklagten und des Zeugen Klapper gründet, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte als Vorstandsmittglied der fraglichen Ortsgruppe in Betracht kommt. Dies ergibt sich schon daraus, daß er durch Karten die Mitglieder zum gemeinsamen Erscheinen in seiner Wohnung auffordert. Seiner Angabe, daß bei diesen Zusammenkünften nur Vereinsbeiträge gezahlt wurden, konnte kein Glaube beigegeben werden, denn es liegt auf der Hand, daß bei diesen Zusammenkünften — Versammlungen — Vereinsangelegenheiten besprochen werden. Die einzelnen Mitteilungen der Beschlüsse der Versammlung sind Vereine ohne nennenswerte Selbstständigkeit, sie unterstehen der Leitung des Vorstandes derjenigen Abteilung der Gesamtorganisation, der sie angegliedert sind. Ihre Satzungen sind die der Polnischen Berufsvereinigung und ihrer Abteilung. Die Wahl der Vorstandsvorstände bedarf der Vertüzung des zuständigen stellungs-vorstandes, ebenso die Aufnahme neuer Mitglieder. Alle diese Tatsachen sind gerichtsbehaftet, daß die Polnische Berufsvereinigung ein Verein ist, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, ist gleichfalls gerichtsbehaftet. Ein solcher politischer Verein ist aber nach § 3 Abs. 2 a. a. O. verpöflicht, binnen 2 Wochen nach Gründung des Vereins durch den Vorstand die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes, der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde mitzuteilen. Da der Angeklagte als Vorstandsmittglied dieser Verpöflichtung nicht nachgekommen ist, so hat er sich strafbar gemacht und war nach § 18 Ziffer 11 a. a. O. zu bestrafen. Seine Bestrafung ist also zu Recht erfolgt. Das Gericht hat aber geglaubt, mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte sich lediglich hat verhalten lassen, der Polnischen Berufsvereinigung beizutreten, ohne sich im übrigen über die Ziele und Zwecke derselben recht klar zu sein, die festgelegte Strafe ermäßigen zu müssen.“

Der Kassierer unserer Ortsgruppe wurde also vgrurteilt, weil gerichtsbehaftet war, daß die Polnische Berufsvereinigung ein Verein ist, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Man braucht seinen Augen kaum, wenn man heranzieht liest. Was um des Himmels willen hat denn unser Verband mit der Polnischen Berufsvereinigung zu tun? Kassierer kann die völlige Begründung der Richter gar nicht darlegen werden, wie durch die Vertüzung dieses Mittgieds. Selbstverständlich wurde dagegen Verurteilung eingelegt und die Strafammer bei dem königlichen Amtsgericht in Pleß erkannte am 15. Februar 1913 auf Freisprechung mit der Begründung, daß die Zustelle in Orzysche nur „als eine Stützstelle zur Erleichterung der Geschäftsführung der Bezirksleitung oder des Hauptverbandes, der Angeklagte lediglich als deren Angestellter und Bevollmächtigter angesehen werden kann.“

Aus dem Lager der päpstlich Gebildeten.

Oppersdorf über Zentrum- und Zentrumspreffe.

Grat Oppersdorf rühmt in Nr. 18 der Zeitschrift „Wahrheit und Gerechtigkeit“ mit dem Bindhorstbundener Dr. Schmitt ab, der nach Oppersdorfs Auffassung Unwahrscheinlichkeiten in öffentlichen Versammlungen vorträgt. Dafür widmet Oppersdorf dem Redner folgende:

„Die noble Gite, Anwesende in einer Versammlung vor nicht orientierten Menschen anzugehen, die jeder Willkür der Redegreifenden nicht aufzulären sind, weil er sie nicht kennt, scheint geradezu über ihren Verstand zu gehen, die um so widerlicher wirkt, als dieselbe Sorte von Mundeserhebungen mit demselben Atemzuge den tiefsten öffentlich möglichen Knig vor dem „berehnten Geheimrat Porch“ zu absolvieren sich nicht enthalten kann. Das Weisheitswort in der einen, irgend ein übertriebenes Dandibet (allerlei Gemisch) in der anderen Hand, so stellen sich diese Redner auf das Podium der „gemeinamen christlichen Basis“ vor ihre nichtschneidenden Säber hin. Erpöflicht, ein Minimum von Zeit und Mühe zu spenden, die Herren

vor solcher Schaustellung warnen. Doch auch Geschmack ist stets bei...

Die Herren überließen ihre eigenen Reden, und im unge...

Scharnhel hatte u. a. gesagt: Wer Wahrheit und Klarheit verbreiten will, der hat dazu die...

Zu dieser Weisheit, über die selbst die Führer lachen müssen...

Rings liegen die Kugeln in Kreise, sehen sich an und keiner...

Recht hat der Graf, aber nutzen wird's nichts!

Tromme Unternehmer gegen „christliche“ Gewerkschaftler.

Dah die zentrumschristlichen Gewerkschaften von ihren Parte...

Vor einigen Wochen mußte bei der Firma Westdeutsche Raff...

Gekändnis des Arbeitererrats.

Der „Alteinsch-Westfälischen Zeitung“ wird aus Zentrumskreisen...

Stegerwalds Antwort war das Eingeständnis, daß die Zentrums...

Die verhältnismäßige Zufriedenheit der christlichen Arbeiter...

sollten sich also die Führer des Mittelstandes an den christlichen...

Die Gegenhaltung der Arbeiter hat sich infolge der unverhältnis...

Stegerwald hat zweifellos Recht. Seit 1000 spielen die...

Die Teuerung kann, die Arbeiter bitten enorm unter den Zu...

Vor ein paar Jahren verlangten die Zentrumsarbeiter mit der...

Seute geht es Stegerwald kaltblütig ein, welche Rolle die „Ar...

Briefkasten.

C. J. Wölflin. Das Buch Jesus Strach, dem wir die Stellen ent...

Verbandsnachrichten.

Als Zeuge gesucht wird der Bergmann Katter. Er war früher auf Beche Deutscher...

Gesucht wird der Kamerad Karl Röntgen, früher in Lütgendortmund...

Bekanntmachung.

Wir machen die Vertrauensleute und die Kameraden unseres...

Achtung! Niederschlesische Kameraden Achtung!

Mörs. Diejenigen Kameraden, welche ihre Kuratgebühren wieder...

Adressenveränderungen.

Penzberg. Der Vertrauensmann Raver Himmelstoss wohnt...

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Annen I. Vom 25. Mai bis 1. Juni. Bredeneh. Vom 1. bis 15. Juni.

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage

Bündheim. Jeden vierten Sonnabend, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale...

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Geis-Röding. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Bote. Helmstedt. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Stadt Hamburg“...

H. Hansmann & Co. in Bochum, Biemelhauser Straße. Wir empfehlen den Kameraden folgende Schriften: Das Auge und seine Erkrankungen...

Bergarbeiter-Versammlungen. Sonntags, den 1. Juni 1913: Senftenberg. Nachmittags 3 Uhr, im Stadtkeller. Deffentliche Belegschafts-Versammlungen...

Jeden vierten Sonntag im Monat: Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsheim. Wittenberg. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Weisshof.

Jeden letzten Sonntag im Monat: Aßling. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhm (Brauerei). Krefeld. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhm.

Sonntag, den 25. Mai 1913: Aplerbed. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Zur deutschen Eiche“. Beddow. Jeden Sonntag nach dem 23. des Monats.

Futterale zum Schutze für die Mitgliedsbücher und Mitgliedskarten. Haben wir auferzogen lassen und können durch die Zahlstellen...

Makulatur ist in der Geschäftsstelle der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu haben.